

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,50. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 256.

Dienstag, den 2. November 1897

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Politische Handwahrheiten. Deutschland.

Bei der Reichstagswahl im Wahlkreise Westpreignitz erhielten nach den bisherigen Feststellungen, die das „Wolff'sche Bureau“ übermittelt:

v. Salbern (kons.) 3830 Stimmen, Schulz (freis. Volksp.) 2650, Wohlfart (deutsche Reformpartei) 1570 und Hünge (Sozialist) 1880 Stimmen. Aus 57 Büchern stehen die Wahlergebnisse noch aus.

Die „Freisinnige Zeitung“ giebt folgende etwas weitergehende Resultate an:

Schulz 2891, v. Salbern 4284, Wohlfahrt 1721, Hünge 1927 Stimmen. In den noch unbekanntem 41 ländlichen Wahlbezirken sind 1893 852 konservative Stimmen abgegeben worden. Im Ganzen dürfte hiernach der konservative Kandidat etwa 5300 Stimmen erhalten haben, während auf die drei Gegenkandidaten zusammen etwa 7200 Stimmen gefallen sind.

Im Jahre 1893 siegte Herr v. Bodbielski im ersten Wahlgange mit 6165 Stimmen. Von seinen Gegnern erhielt der freisinnig-volksparteiliche Kandidat 2960 Stimmen, der Kandidat der freisinnigen Vereinigung 1458, der Sozialdemokrat 1798 Stimmen.

Am schlechtesten schnitt jedenfalls wieder die konservative Partei ab. Auch hier ist „der Zug nach links“ unverkennbar.

Für Herrn v. d. Recke soll angeblich ein Nachfolger gesucht werden. Als solchen nennt man einen speziellen Vertrauensmann des Herrn v. Wiquel, den Wiesbadener Regierungspäsidenten v. Rheinbaben.

Uns kann dieser Wechsel im Ministerium des Innern, falls er überhaupt eintreten sollte, ganz gleichgültig sein. Wir haben an Herrn v. d. Recke nichts zu verlieren, an Herrn v. Rheinbaben nichts zu gewinnen. Auch diesem wird nicht gelingen, was der amtierende Minister anstrebte, die Sozialdemokratie zu schwächen.

Herr Kommerzienrath Müller-Brackwebe, welcher schon 5 Jahre den Dortmunder Wahlkreis — ohne gültiges Mandat — im Reichstage vertreten hat, will jetzt im Duisburger Wahlkreise kein Glück versuchen. In Duisburg war 1867 unser Genosse Hasenelever gewählt. Seit 1871 ist der Kreis durch Dr. Hammacher im Reichstage vertreten. Hammacher ist, wie gemeldet, parlamentsnüchtern und will kein Mandat wieder annehmen. Jetzt rüsten sich die Nationalliberalen, um den Kreis für Müller zu erobern. Hoffentlich gelingt es Müller, auch diesen Kreis an unsere Partei zu verlieren.

Ueber die geplanten Postreformen äußert sich der Staatssekretär des Reichspostamts, v. Bodbielski, in einem Schreiben an die braunschweigische Handelskammer wie folgt: „Ich beabsichtige die planmäßige Prüfung aller wichtigen Fragen auf dem Gebiete des Fernsprechwesens, auch derjenigen des Nachdienstes, vorzunehmen und, wo notwendig, eine anderweitige Regelung eintreten zu lassen. Einzelne Fragen aus dem Rahmen des Ganzen herauszugreifen und vorwiegend besonders zu behandeln, erscheint nicht rathsam.“

Bei den diesmahligen badischen Landtagswahlen kamen zum ersten Male zur Sicherung des Wahlgeheimnisses amtlich abgestempelte Couverts zur Anwendung, die der Wähler am Wahltag erhielt und in die er den Wahlzettel in einem Hohlraum, der „Dunkelkammer“, zu legen hatte. In den neuen Bestimmungen, die vom letzten Landtag angenommen wurden, war leider übersehen worden, ausdrücklich zu betonen, daß die Couverts auch zum Verschließen eingerichtet werden sollten. In Wahlkreisen war man von dieser eigentlich selbstverständlichen Forderung so fest überzeugt, daß selbst in Regierungsblättern angenommen wurde, die Couverts würden gumirt sein. Das war aber nicht der Fall, und so mußten sich die Wähler damit begnügen, die Stimmzettel in das Couvert zu schieben, ohne dasselbe verschließen zu können. Diese Anordnung der Regierung wird mit Recht scharf kritisiert.

Die Generaldebatte zum Militäretat in der bayerischen Abgeordneten-Kammer erreichte am Mittwoch ihr Ende. Der Zentrumsabgeordnete Landgerichtsrath Berno wandte sich gegen den am Tage zuvor vom „liberalen“ Abgeordneten Casselmann betriebenen Bismarckverherrlichungs-Sport. Casselmann hätte seine Rede besser auf einem national-

liberalen Festdiner für den Fürsten Bismarck halten sollen. Es habe bloß noch das Hoch gefehlt. Wenn Herr Casselmann nicht die leiseste Bemerkung über Bismarck vertragen könne, dann hätte er sich in den preussischen und nicht in den bayerischen Landtag wählen lassen sollen. Redner bespricht das Verhalten Bismarcks seit seiner Ausscheidung aus dem Dienste gegen die Reichsregierung und erörtert die Enthüllungen Bismarcks über den russisch-deutschen Geheimvertrag. Was wäre einem Manne geschehen, der so etwas gethan hätte, was durch das Reichsstrafgesetzbuch unter Strafe gestellt ist! An Bismarck hat man sich nicht gewagt. Man könne nicht von einer Rettung Baierns im Jahre 1866 reden, höchstens von einer Rettung Sachsens. Sollen wir uns etwa freuen, daß er uns nicht noch mehr genommen? Der Redner erörtert an der Hand von Hopps „Deutsche Krisis 1866“ die Ereignisse von damals, welche lediglich auf dynastische Machtinteressen sich aufgebaut haben. Bismarck selbst habe damals wiederholt erklärt er sei weniger Deutscher als Preusse. Da sei zu der gestrigen enthuftastischen schwärmerischen Rede Casselmanns keine Ursache. Man lasse sich durch ihn nicht hindern, Kritik an Reichseinrichtungen und Reichszuständen zu üben. Wenn Casselmann von einem deutschen Kaiserthum spreche, so sei das verfassungsmäßig nicht begründet. Der König von Preußen habe nur als Kaiser den Vorsitz im Bundesrath. (Liberaler Ruf: Das ist Paarlateri! worauf das Centrum mit Oho! erwidert.) Casselmann wolle den obersten bayerischen Gerichtshof opfern, wenn Preußen dafür die Deffentlichkeit und Mündlichkeit zugestehet. Darauf könne man aber nicht eingehen. Wäre der oberste Verwaltungsgerichtshof einmal preisgegeben, so könnte ein späterer Reichstag mit Hurrah die Deffentlichkeit wieder aufheben.

Redner tritt schließlich für die Schiedsgerichtsbewegung zur Fernhaltung der Kriege ein. Daß man sie noch verlacht, mache nichts. Noch jede große zivilisatorische Idee sei im Anfang verlacht worden. Abzürufen könne man heute noch nicht, aber man solle dahin wirken, daß es nicht mehr nöthig werde, daß die Völker bis an die Zähne bewaffnet einander gegenüberstehen.

Dr. Sigl (wild) bespricht eine Reihe militärischer Besonderlichkeiten. Er findet es u. A. seltsam, daß der Assistenzarzt, der etwas gelernt habe, hinter dem jüngsten Lieutenants rangirt. Wir bekommen immer mehr Einjährig-Freiwillige vom Norden, woher es komme, daß weit mehr vom Kaiser als vom Prinzregenten gesprochen werde. Redner ist nicht unbedingt gegen das Duell. Wenn Jemand Geistlicher werde, wisse er, daß er das Cölibat halten müsse, und wenn Jemand Offizier werde, wisse er, daß er in die Lage kommen könne, sich zu duelliren. Er ist aber gegen den Zwangskirchengang. Er wisse, daß die Soldaten, Offiziere und Unteroffiziere den Kirchengang verfluchen und vermaledeien. Beim Zwangskirchengang der Gymnasiasten sei es auch so gewesen. Statt zu beten, habe man gelesen oder gelernt und sogar tarott. Die warme Abendkost finde bei $\frac{2}{3}$ der Soldaten keine Freude, eine Maß Bier sei ihnen lieber. Er ist für das Festhalten am Reservat des obersten bayerischen Militärgerichtshofes. Nach den mit dem Leipziger Reichsgericht und seinen wunderbaren Urtheilen gemachten Erfahrungen würde man von einem obersten Reichsmilitärgerichtshof schon Dinge zu erwarten haben. Redner wendet sich dann ebenfalls gegen die gestrige Rede Casselmanns, in dessen nationalen Jubel man nicht einstimmen könne. In Baiern und auch außerhalb Baierns herrsche in Folge der Berliner Politik eine große Verbrossenheit am Reiche. Er bespricht die Ereignisse von 1866 und 1870/71 und führt preussische Aeußerungen hoher Persönlichkeiten, u. A. auch aus Kaiser Friedrichs Tagebuch an und bezeichnet sie als preussisch-partikularistische und antibayerische. Daß Bismarck 1866 Baiern nicht annectirte, war ganz natürlich. Bismarck durfte es eben nicht wagen. Mit der fortgesetzten Steigerung der Militärlasten gehe es nicht mehr. Man müsse Schiedsgerichte einführen. Wenn die großen Herren dann nicht wollten, müsse man sie zwingen.

Abg. Aub (lib.) nimmt den Abg. Casselmann gegen das Centrum in Schutz. Das Reich sei eine werthvolle

Erzengenschaft, und wenn Manches nicht so sei, wie es sein könnte, so müsse man denken, es werde schon besser werden. Man müsse eben das Herz und nicht nur die Vernunft sprechen lassen.

Abgeordneter Heim (Z.) beklagt die Drillanstalten für Einjährig-Freiwillige, aus denen die Leute zwei Jahre früher hervorgingen als Gymnasialabsolventen. Das Schlimme wäre dann, daß jene Leute zur Post und Eisenbahn kämen. Redner verlangt, daß die Regimenter ihren Fleischbedarf direct von der Landwirtschaft durch Vermittlung der Genossenschaften decken sollen und bekämpft die in den kriegsministeriellen Verordnungen gegen die directe Fleischversorgung geltend gemachten Gründe.

Kriegsminister v. A. sch erging sich in einer Reihe von Erwiderungen. Er erklärte u. A., man sage dem Offizier alles Schlimme nach und verlange doch, er solle sich vom Zivill nicht abschließen. Es wäre aber wirklich nicht zu wundern, wenn sich die Offiziere nach den Ausfällen, die das Offizierkorps „in diesem Hause“ erleide, von der Zivillbevölkerung abschließen.

Gegenüber dieser Bemerkung erklärte der Präsident v. Walter, daß er von Ausfällen gegen das Offizierkorps nichts gehört habe.

Dann wurde ein Antrag auf Schluß der Generaldebatte angenommen. Die Spezialdebatte wurde auf Donnerstag angelegt.

Nachwehen der bayerischen Manöver-Debatten. Die „National-Zeitung“ schreibt in einem Leitartikel: Ursachen und Wirkungen:

Es ist unmöglich, sich Selbsttäuschungen über die unglückliche Rückwirkung hinzugeben, die die Berliner Regierungszustände je länger, um so nachhaltiger in nationalpolitischer Beziehung ausüben. In der bayerischen Kammer der Abgeordneten sind in der jüngsten Zeit Neben geführt worden, zu deren Wiedergabe man sich nur in der zweiseitigen Erwägung entschließen konnte, daß Offenheit gegenwärtig mehr als jemals Pflicht ist, und daß eine ansbrüchliche Bestimmung des Strafgesetzbuches die Straflosigkeit wahrheitsgetreuer Berichte über die Verhandlungen aller deutschen Landtage sichert.

Aber der Unterschied ist, daß solche Reden, die sich viele Jahre hindurch überhaupt nicht hervorragen durften, oder, wenn es doch geschah, in fast allgemeiner Zurückweisung untergingen, heutzutage ein nur zu weit verbreitetes Echo finden, und daß die Zurückweisung, die so notwendig wie jemals früher ist, doch unvergleichlich schwieriger, als zu irgend einer früheren Zeit ist.

Ein verständiges Urtheil. Wegen einer Notiz unter der Rubrik: Chronik der Majestätsbeleidigung stand unser Parteigenosse Thiel, verantwortlicher Redakteur des „Volksblattes für Harburg“, vor der Strafkammer in Stade. In jener Notiz war der Kaiser mit der Sozialdemokratie zusammen genannt worden. Nur die Stader Staatsanwaltschaft hatte in der Art und Weise, wie das oben angedeutete Thema behandelt wurde, eine Majestätsbeleidigung erblickt und Strafantrag gestellt. Da Thiel am 27. October 1892, also vor genau fünf Jahren, wegen eines gleichen Delikts als Redakteur der Breslauer Volkswacht von der Strafkammer des dortigen Landgerichts bereits mit neun Monaten Gefängniß vorbestraft war und außerdem noch fünfzehn andere Vorstrafen wegen Preßvergehens erhalten hatte, beantragte der Staatsanwalt gegen den hartnäckigen Preßsünder ein Jahr Gefängniß und die üblichen Nebenstrafen. Der Angeklagte wies zunächst nach, daß er es jeden Augenblick an der Hand habe, im Wege des Wiederaufnahmeverfahrens von seiner ersten Strafe wegen Majestätsbeleidigung los und ledig gesprochen zu werden, da das Vergehen in seiner Abwesenheit begangen worden sei. Heute, da jene That verjährt, könne er dies nachweisen, ohne Jemandem damit zu schaden. Er wies ferner nach, daß die Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse eine ständige Rubrik des Volksblattes sei und dazu diene, die juristisch nicht bewanderten Leser vor Majestätsbeleidigungen zu warnen und vor Unannehmlichkeiten zu behüten. Die Thatfache seiner Vorbestrafung wegen des gleichen Delikts fielen nicht straffschärfend, sondern entlastend ins Gewicht, denn ein gebranntes Kind scheue das Feuer.

Nach beinahe einstündiger Berathung erkannte der Gerichtshof unter Vorsitz des Herrn von Schmidt-Bihfeld gemäß den Anträgen auf Freisprechung. Die fragliche Notiz sei lediglich aus den Motiven veröffentlicht, die der Angeklagte angeführt habe. Das ergäbe sich aus dem von ihm beigebrachten Beweismaterial. Auch im übrigen habe man dem Angeklagten glauben müssen, wenn er sagte, ein gebranntes Kind scheue das Feuer. Er mußte sich sagen, daß bei seiner nächsten

26. Oktober erneut das Streitobjekt in einer Verhandlung vor dem 4. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Breslau ab. Ueber die erste Verhandlung haben wir seiner Zeit ausführlich referirt und können uns deshalb heute darauf beschränken, unseren Lesern in Kürze in's Gedächtniß zurückzurufen, aus welchem Grunde der Prozeß entstanden ist. Dem Herrn Grafen war der Stuhl für den Preis von 1225, welchen Herr Stammel für sein Meisterwerk gefordert hatte, zu theuer gewesen. Notwendig hatte der Herr Graf nach und nach 800 Mark bezahlt und die letzte Rate mit der Bemerkung begleitet, daß der Stuhl nun bezahlt sei. Da der Herr Graf durchaus nicht mehr wie diese 800 Mk. zahlen wollte, blieb dem Meister Stammel nichts übrig, als ihn zu verklagen. Im Juni d. J. hatte sich das Oberlandesgericht auf die Berufung des Herrn Grafen gegen die vom Landgericht ergangene Entscheidung, die ihn zur Zahlung verurtheilt, bereits mit der Angelegenheit zu befassen. Der 4. Zivilsenat hatte damals lediglich beschlossen, durch Herrn Martin Kimmel, der als Sachverständiger sein Urtheil abzugeben hatte, den Stuhl nochmals taxiren zu lassen, und zwar in Schönbühnen, dem Standorte des Kunstwerkes. Dies ist inzwischen geschehen, nachdem der Herr Graf die vom Gericht dafür festgesetzten 200 Mark Vorschuß an die Gerichtskasse bezahlt hatte. Herr Kimmel ist in Schönbühnen gewesen, hat den Stuhl eingehend besichtigt und ist bei der Abschätzung seines Werthes zu dem Resultat gekommen, daß Herr Stammel ganz gut 1426 Mk. hätte verlangen können, wenn man die Arbeitsverhältnisse einer so kleinen Stadt wie Ranslau in Rücksicht ziehe. Dieses Resultat theilte Herr Kimmel dem bezeichnenden Senat und den Prozeßparteien bezw. deren Vertretern mit und fügte noch hinzu, daß, wenn der Stuhl in seiner (Kimmel's) Fabrik hergestellt worden wäre, er die Kosten dafür auf 1174 Mk. berechnet haben würde. Nach diesem Gutachten erbat sich der Vertreter des Herrn Grafen, Justizrath Barchewitz, Vertagung, um mit seinem Mandanten über die Zweckmäßigkeit der Zurückziehung der Berufung unter solchen Umständen zu berathen. Der Gerichtshof gab dem Antrage statt und setzte einen neuen Termin auf Dienstag, den 2. November fest.

Auch eine „Majestätsbeleidigung.“ Einen hübschen Beitrag zu dem sehr modernen Kapitel der Majestätsbeleidigungsprozesse liefert eine Strafammerverhandlung, in Konstantz gegen den mehrmals bestraften Küfer Eugen Bär von Weersburg. Bär saß nach der „Frankfurter Zeitung“ am 26. August angetrunken mit Zechgenossen, die gleichfalls nicht mehr ganz nüchtern waren, und „politisierte“. Als einer aus der Gesellschaft sagte, er sei 1848 und 1866 Soldat gewesen, machte Bär die Bemerkung: „So, damals, als der Großherzog das Land verkaufte.“ Wer 1848 das Land regierte, wußte Bär nicht, ebenso wenig, was damals in Deutschland vorging. „Ich war ja da noch gar nicht auf der Welt“, meinte er. Die Beschuldigung will er in der Schweiz gehört haben. Auch die Wirthin hat die Aeußerung schon öfter gehört, ohne sich darüber besondere Gedanken gemacht zu haben. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten frei, weil nicht erwiesen sei, ob der regierende Großherzog oder dessen verstorbenen Vater, Leopold, gemeint war. Ernste und gebildete Männer, aus denen der Gerichtshof besteht, sind zu bedauern, wenn sie gezwungen sind, das Wirthshausgeschwätz einiger Betrunkener stundenlang zu verhandeln.

Als hochpolitisches Ereigniß ersten Ranges wird von der gesinnungstüchtigen deutschen Presse die Weigerung des Katen, den Besuch des Großherzogs von Baden zu empfangen, betrachtet. Ströme von Tinte, Meere von Druckerwärme werden zur Beschreibung, Erörterung und Betrachtung des „unerhörten Vorganges“ verwendet.

leiser noch, mit einem leidenschaftlicheren Timbre: „Ich war ein Thor, dem Paradiese so nahe, halte ich es für verloren.“

„Ich verbiete Ihnen, in diesem Ton mit mir zu sprechen“, sagte sie erregt und machte eine Wendung; er aber trat ihr entgegen, seine elegante Gestalt richtete sich höher auf:

„Gnädige Frau, mein Ton ist der ehrerbietigste, er entspricht der tiefen Verehrung, die ich für Sie empfinde, und ich weiß sehr wohl, nur Ihre Großmuth könnte verzeihen, was ich mir selbst niemals verzeihen werde.“

Sie erröthete bis zum Halse, flüsterete etwas verwirrt und flüchelte hinweg.

Er war mit sich zufrieden. Er hatte ihre Eitelkeit geweckt und ihr Mitleid; die Romantik der Entfugung war über ihn gebrüht. Das wirkt immer bei jungen, ungeschulden Frauen! —

In dem kleinen Salon saßen mehrere Damen in Vertraulichkeit bei einander. Sie steckten die Köpfe zusammen und lachten in ausgelassener Weise.

Helene wollte das Zimmer durchschreiten; sie war nicht in der Stimmung, sich ihnen anzuschließen, welche auch ihrerseits keine Notiz von ihr nahmen. Aber Sidonie, die sie suchte, kam ihr nach und hielt sie fest.

„Was ist das? Im Saale wird schon getanzt und unsere Allerhöchsten wollen sich absentiren? Das gebe ich nicht zu.“

„Sehen Sie sich zu uns, wir sind hier so fidel“ riefen die Damen der Hausfrau zu. Und Frau Betty Lufft, das Haupt dieser kleinen Gemeinde, winkte sie mit den lebhaftesten Gebärden zu sich.

„Das müssen Sie hören, mein Schatz, das ist zu drollig“, und sie machte ihr neben sich Platz, während Helene für den ihr angebotenen Sitz dankte und sich an den Kamin lehnte.

Ganz geknickt ist die „Köln. Ztg.“, welche heute u. A. schreibt: „Noch bedauerlicher aber erscheint uns, daß nun gewissermaßen als Antwort auf jenen Karlsruhe' Hofbesuch der Darmstädter Hofbericht mit der Mittheilung aufwarten zu müssen glaubt, daß Kaiser Nikolaus, der Großherzog von Hessen sowie die übrigen Fürstlichkeiten sich heute Morgen zur Sanjagd nach dem Kranichsteiner Park begeben haben.“ Und die „Köln. Volks-Ztg.“ läßt sich aus Berlin telegraphiren: „Die Ablehnung des Empfanges des Großherzogs von Baden durch den Katen wird nun allgemein auf die zwischen dem hessischen und dem badischen Hofe herrschende Verstimmung zurückgeführt. Man spricht in dieser Hinsicht von einem Damentriebe.“

Ultramontane und Naumannianer. Aus Gildehaus schreibt man der „Volks-Ztg.“:

Aus unserem Wahlkreise Bentheim-Lingen kann ich Ihnen zur Wahlbewegung Folgendes mittheilen: In Folge Einladung der Nationalsozialen des Wahlkreises berief zur Zeit Herr S. von Gerlach-Berlin den Wahlkreis. Er sprach am Sonntag in Schüttorf vor etwa 300 Personen über „Nationalliberal und Nationalsozial“. Herr von Gerlach beabsichtigt ebenfalls in Nordhorn, Neuenhaus und Lingen zu sprechen. Wenn es sich bewahrheitet, daß, wie wir bestimmt mitgetheilt ist, die Zentrumsleitung bereit sein soll, die Zentrumsstimmen für Herrn von Gerlach zur Verfügung zu stellen, dann wird es leicht möglich sein, bei der bevorstehenden Landtagswahl Herrn von Gerlach durchzubringen, da außer den Zentrumsstimmen etwa 10 Stimmen zur Erlangung der Majorität genügen. — Es wäre interessant, zu erfahren, ob hier wirklich das Centrum den Naumannianern die Hand reichen will.

Ein Glendebild gewährt die Darstellung eines Unfalles, der zwei Menschen das Leben gekostet hat. In dem Orte Hüls wohnte in einem kleinen Häuschen in den unteren Räumen der Musiker Ludwig Arg mit seiner Frau und drei kleinen Kindern. Arg übte am 19. d. M. auswärts seinen Beruf aus. Die Frau begab sich Abends mit ihren drei Kindern in die gemeinsame Schlafstube, einen niedrigen, kleinen Raum. Als Nachtlampe diente eine kleine Flasche, die mit einem Korke verschlossen war, durch den der Docht hindurch ging. Das Zimmer füllte sich nach und nach mit Lampendunst an, wodurch die Schläfer in Betäubung fielen, aus der die Frau und ihr jüngstes Kind, ein vier Monate alter Säugling, nicht mehr erwachen sollten; Beide erstickten. Als sich am Morgen Niemand in der Wohnung rührte, drang man gewaltsam ein; starker Petroleumgeruch drang den Betheiligten entgegen. Die Lampe brannte noch. Alle vier Personen waren betäubt worden; die Frau und ein Kind waren schon todt. Von den übrigen beiden kleinen Kindern im Alter von etwa zwei und drei Jahren hat sich eins wieder erholt; auch das zweite Kind dürfte mit dem Leben davorkommen.

Wie ein fliegender Bienschwarm gebaut wird. In oberbayerischen Zentrumsblättern liest man: Dem Pfarrer von Kreuth ging letzten Sommer ein starker Bienschwarm durch auf die Berge, obwohl er schon in einem Kasten gefaßt war. Ein Holzarbeiter, der den Schwarm fliegen sah, entlockte sofort den Unausprechlichen, was noch lokalem Volksglauben bewirken soll, daß der Schwarm sich setzt. Für diesmal half die Prozedur, der Schwarm logirte sich in einer hohlen Buche ein. Später ließ dann der Pfarrer das Flugloch an dem Baum verstopfen, diesen abjagen und den Theil des Baumes, in dem die Bienen saßen, in seinem Garten aufstellen.

Von einer umziehenden Stadt wird aus der Grafenschaft Wagon im Staate Washington berichtet. Dort

„Was giebt es denn, das Sie heiter stimmt?“ fragte Sidonie.

„Denken Sie nur — er hat schon — hat schon zahlen müssen.“

„Wer und was?“

„Wer? — der Souteneur der Oliva und was? — das Reugelb.“

„Ah“, rief Sidonie erblickend.

„Baare hunderttausend Mark hat er erlegen müssen, der Hanswurst, geschieht ihm recht.“

„Er ist also freiwillig zurückgetreten?“

„Er hat sich loskaufen müssen, sie ist ihm gar zu anhänglich gewesen“, lachte Betty ausgelassen.

„Sie soll ihn furchtbar gemartert haben“, berichtete eine große magere Dame, „grausam soll sie ihn behandelt haben, unwürdig!“

„Er muß es wirklich nicht länger haben aushalten können“, Betty lachte immer lauter und ausgelassener, „sonst hält' er sich mit das viele Geld herausreißen lassen.“

„Sie soll schon wieder einen anderen Verehrer haben“, behauptete eine kleine junge Blasse, die heftig war, auch ein Wort dabei anzubringen, „und was das Beste ist, er soll ein Freund des vorigen sein, den dieser öfter zu ihr mitgebracht hatte.“

„Aber von dem nimmt sie nichts, heißt es.“

„Als täglich ein Bouquet aus weißen Rosen oder Kamelien, aber es muß von Brunner sein.“

„Gott, wie poetisch“, rief Betty, „das ist die reine Kameliendame.“

Sidonie saß unbeweglich, mit erzwungener Selbstbeherrschung inmitten dieser zischelnden Zungen. Was sich wie ein Schwall aus dem Munde dieser Reinen ergoß, befandelte, es raubte ihr den Athem.

befand sich bis vor Kurzem die Stadt New Kamilchie mit etwa hundert Häusern, drei Hotels, einer Oddfellow-Halle, Postamt, Theater, Hofanlagen und einer Eisenbahn, welche Kamilchie mit der Außenwelt verband. Diese Eisenbahn, hauptsächlich für den Transport der in den benachbarten Wäldern gefällten Holzmassen gebaut, ist Eigenthum einer großen Sägenmühlengesellschaft, der Port Blakely Mill Company, und befördert verhältnißmäßig im Jahre mehr Holz, als vielleicht irgend eine andere Eisenbahn im großen Amerika. Aus irgend einer Ursache gefiel es den Eigenthümern, den Endpunkt ihrer Eisenbahn um 2 1/2 englische Meilen weiter inland an eine andere und vielleicht bequemere Stelle der Meeresküste zu verlegen, und da die Einwohner von Kamilchie hauptsächlich Arbeiter und Händler sind, welche von dem Holzgeschäft leben, hätten sie nun täglich den 2 1/2 Meilen langen Weg zu der neuen Endstation und dem neuen Hafen machen müssen. Das paßte ihnen nicht, und so nahmen sie wie Schnecken ihre Häuser auf den Rücken und stellten sie an der neuen Station wieder auf. Thatsächlich wurden die Häuser, darunter solche von zwei Stockwerken, aus den Grundmauern gehoben, auf Rollen zum Hafen geschoben, dort auf große Frachtboote verladen, und so nach ihrem neuen Ziele gebracht, wo sie wieder aufgestellt wurden. Zuerst wurden die Stationsgebäude und Waarenspeicher transportirt, dann kamen das Theater, ein Hotel und endlich die Privathäuser an die Reihe. Jetzt sind von dem alten New-Kamilchie nur das Postamt, zwei leere Hotels und die Oddfellow-Halle mehr übrig, die Stadt steht aber 2 1/2 Meilen weiter. Vor der Hand hat sie noch keinen Namen; die Einwohner nennen sie einfach „the Railway town“ die Eisenbahnstadt. Der Postmeister hat nach Washington um Instruktion geschrieben, ob er in Kamilchie bleiben oder nach Railway übersiedeln soll.

Ein schwieriger Prozeß. Wegen Gattenmordes stand am Donnerstag in Chicago der Wurfabrikant Adolf Viltgert, aus Güterloh in Westfalen stammend, vor dem Schwurgericht. Die Anklagebehörde behauptet, daß Viltgert seine Frau ermordet und den Leichnam in den früher zur Wurfabrikation benutzten Kessel seiner Fabrik gethan und durch ätzende Flüssigkeiten zerstört habe. „Die Jury mußte“ — so wird der „Allgemeinen Fleischer Zeitung“ aus Chicago telegraphisch gemeldet — „wegen Uneinigheit entlassen werden. Ob ein neues Verfahren eingeleitet wird, ist fraglich“. Die Verurtheilung erfolgt dort nur bei Einstimmigkeit der Jury. Wochenlang hatten sich in diesem Mordprozeß welcher der Stadt Chicago 150 000 Mark Kosten verursacht hat, die Sachverständigen darüber gestritten, ob die dem Gericht vorliegenden vermeintlichen Gebeine der angeblich Ermordeten menschliche oder thierische Knochen seien. Die Verurtheilung der Jury dauerte siebenzig Stunden.

Ans der Schule. Schulinspektor: „Peter, jetzt frage ich Dich, weißt Du, was Recht und Unrecht ist?“ Schüler (verlegen sich redend): „Nein!“ Schulinspektor: „Nun, ich will Dir zu Hilfe kommen, Du kannst Dich nur nicht richtig ausdrücken. So sieh einmal, wenn dort Dein Mitschüler Erich von seiner Mutter eine Semmel erhält, und Du nimmst sie ihm weg, was thust Du da?“ Schüler: „Ich freß sie uff!“ — Lehrer: „Wer von Euch kann mir sagen, wo wir in der letzten biblischen Geschichtsstunde stehen geblieben sind? Die kleine Marie: „Da wo Joseph auf's Dach saß.“ — Lehrer: „Was? . . . Dach?“ — Die kleine Marie (weinerlich): „Herr Lehrer haben doch gesagt, und da setzte ihn Pharao über sein ganzes Haus.“

„Ach, es giebt so viel schlechte Frauenzimmer auf der Welt“, seufzte die junge Blasse.

„Aber auf diese ist man nicht eifersüchtig“, entgegnete die Große mit jener Bestimmtheit, mit der man eine allgemeyn gültige Sentenz ausspricht.

„Da hätten wir auch viel zu thun“, lachte eine Dritte.

„Und dann wären es diese Geschöpfe gar nicht werth, für sie haben wir nur Verachtung.“

Sidonie erhob ein wenig ihr blaßes Gesicht, in ihren Augen glühte es dunkel: „Und weshalb verachten wir sie und nicht auch den schuldigen Mann? und nicht auch uns selbst? die wir ja doch schwachvoll zurückgesetzt werden um Jener willen? Was sind wir denn noch? und was bedeuten wir noch?“

„Aber, mein Schatz, so tragisch darf man das doch nicht nehmen.“

„Libertins sind sie Alle, der Eine mehr, der Andere weniger — was können wir dafür? Und was können wir thun, als uns königlich freuen, wenn Einer einmal so recht in die Patzche kommt. Ich finde das lustig.“

„Sie haben Recht, es ist sehr lustig.“ Und Sidonie brach in ein hysterisches Lachen aus.

(Fortsetzung folgt.)

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Dieß' Verlag) ist soeben das 5. Heft des 16. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervor:

Karl Grillenberger. — Die ökonomischen Grundlagen der Mutterherfschaft. Von Heinrich Cunow. (Fortsetzung.) — Die Abnahme der Sterblichkeit in Preußen. Von Dr. J. Rosenfeld. — Ein Beitrag zur Geschichte des „Bundes der Geächteten“. Von Heinrich Schmidt. — Notizen: Einige Notizen aus dem Berliner Abgangszugniß von Karl Marx. — Familien: Der gelbe Domino. Roman von Marcel Preboft. (Fortsetzung.)

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.80. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 256.

Dienstag, den 2. November 1897

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Politische Rundschau. Deutschland.

Bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Westpreignitz erhielten nach den bisherigen Feststellungen, die das „Wolffsche Bureau“ übermittelte:

v. Salbern (kons.) 3830 Stimmen, Schulz (freis. Volksp.) 2650, Wohlfart (deutsche Reformpartei) 1570 und Hinge (Sozialist) 1880 Stimmen. Aus 57 Distrikten stehen die Wahlergebnisse noch aus.

Die „Freisinnige Zeitung“ giebt folgende etwas weitergehende Resultate an:

Schulz 2891, v. Salbern 4284, Wohlfahrt 1721, Hinge 1927 Stimmen. In den noch unbekanntem 41 ländlichen Wahlbezirken sind 1893 852 konservative Stimmen abgegeben worden. Im Ganzen dürfte hiernach der konservative Kandidat etwa 5300 Stimmen erhalten haben, während auf die drei Gegenkandidaten zusammen etwa 7200 Stimmen gefallen sind.

Im Jahre 1893 legte Herr v. Pobjielski im ersten Wahlgange mit 6165 Stimmen. Von seinen Gegnern erhielt der freisinnig-volksparteiliche Kandidat 2960 Stimmen, der Kandidat der freisinnigen Vereinigung 1458, der Sozialdemokrat 1798 Stimmen.

Am schlechtesten schnitt jedenfalls wieder die konservative Partei ab. Auch hier ist „der Zug nach links“ unverkennbar.

Für Herrn v. d. Necke soll angeblich ein Nachfolger gesucht werden. Als solchen nennt man einen speziellen Vertrauensmann des Herrn v. Wiquel, den Wiesbadener Regierungspäsidenten v. Rheinbaben.

Uns kann dieser Wechsel im Ministerium des Innern, falls er überhaupt eintreten sollte, ganz gleichgültig sein. Wir haben an Herrn v. d. Necke nichts zu verlieren, an Herrn v. Rheinbaben nichts zu gewinnen. Auch diesem wird nicht gelingen, was der amtierende Minister anstrebte, die Sozialdemokratie zu schwächen.

Herr Kommerzienrath Müller-Brackweide, welcher schon 5 Jahre den Dortmund-Wahlkreis — ohne gültiges Mandat — im Reichstage vertreten hat, will jetzt im Duisburger Wahlkreis sein Glück versuchen. In Duisburg war 1867 unser Genosse Hafenclever gewählt. Seit 1871 ist der Kreis durch Dr. Hammacher im Reichstage vertreten. Hammacher ist, wie gemeldet, parlamentsmüde und will sein Mandat wieder annehmen. Jetzt rüsten sich die Nationalliberalen, um den Kreis für Müller zu erobern. Hoffentlich gelingt es Müller, auch diesen Kreis an unsere Partei zu verlieren.

Ueber die geplanten Postreformen äußert sich der Staatssekretär des Reichspostamts, v. Pobjielski, in einem Schreiben an die braunschweigische Handelskammer wie folgt: „Ich beabsichtige die planmäßige Prüfung aller wichtigen Fragen auf dem Gebiete des Fernsprechwesens, auch derjenigen des Nachdienstes, vorzunehmen und, wo notwendig, eine anderweitige Regelung eintreten zu lassen. Einzelne Fragen aus dem Rahmen des Ganzen herauszugreifen und vorwiegend besonders zu behandeln, erscheint nicht rathsam.“

Bei den diesmaligen bairischen Landtagswahlen kamen zum ersten Male zur Sicherung des Wahlgeheimnisses amtlich abgestempelte Couverts zur Anwendung, die der Wähler am Wahlstisch erhielt und in die er den Wahlzettel in einem Isolirraum, der „Dunkelkammer“, zu legen hatte. In den neuen Bestimmungen, die vom letzten Landtag angenommen wurden, war leider übersehen worden, ausdrücklich zu betonen, daß die Couverts auch zum Verschließen eingerichtet werden sollten. In Wahlkreisen war man von dieser eigentlich selbstverständlichen Forderung so fest überzeugt, daß selbst in Regierungsblättern angenommen wurde, die Couverts würden gummiert sein. Das war aber nicht der Fall, und so mußten sich die Wähler damit begnügen, die Stimmzettel in das Couvert zu schieben, ohne dasselbe verschließen zu können. Diese Anordnung der Regierung wird mit Recht scharf kritisiert.

Die Generaldebatte zum Militäretat in der bayerischen Abgeordnetenkammer erreichte am Mittwoch ihr Ende. Der Zentrumsabgeordnete Landgerichtsrath Verano wandte sich gegen den am Tage zuvor vom „liberalen“ Abgeordneten Casselmann betriebenen Bismarckverherrlichungs-Sport. Casselmann hätte seine Rede besser auf einem national-

liberalen Festdiner für den Fürsten Bismarck halten sollen. Es habe bloß noch das Hoch gefehlt. Wenn Herr Casselmann nicht die leiseste Bemerkung über Bismarck vertragen könne, dann hätte er sich in den preussischen und nicht in den bayerischen Landtag wählen lassen sollen. Redner bespricht das Verhalten Bismarcks seit seiner Ausscheidung aus dem Dienste gegen die Reichsregierung und erörtert die Enthüllungen Bismarcks über den russisch-deutschen Geheimvertrag. Was wäre einem Manne geschieden, der so etwas gethan hätte, was durch das Reichsstrafgesetzbuch unter Strafe gestellt ist! An Bismarck hat man sich nicht gewagt. Man könne nicht von einer Rettung Baierns im Jahre 1866 reden, höchstens von einer Rettung Sachsens. Sollen wir uns etwa freuen, daß er uns nicht noch mehr genommen? Der Redner erörtert an der Hand von Hopf's „Deutsche Krisis 1866“ die Ereignisse von damals, welche lediglich auf dynastische Machtinteressen sich aufgebaut haben. Bismarck selbst habe damals wiederholt erklärt er sei weniger Deutscher als Preuße. Da sei zu der gestrigen enthusiastischen schwärmerischen Rede Casselmanns keine Ursache. Man lasse sich durch ihn nicht hindern, Kritik an Reichseinrichtungen und Reichszuständen zu üben. Wenn Casselmann von einem deutschen Kaiserthum spreche, so sei das verfassungsmäßig nicht begründet. Der König von Preußen habe nur als Kaiser den Vorsitz im Bundesrath. (Liberaler Zuruf: Das ist Haarspaltere! worauf das Centrum mit Oh! erwidert.) Casselmann wolle den obersten bayerischen Gerichtshof opfern, wenn Preußen dafür die Dessenlichkeit und Mündlichkeit zugestehet. Darauf könne man aber nicht eingehen. Wäre der oberste Verwaltungsgerichtshof einmal preisgegeben, so könnte ein späterer Reichstag mit Hurrah die Dessenlichkeit wieder aufheben.

Redner tritt schließlich für die Schiedsgerichtsbewegung zur Fernhaltung der Kriege ein. Daß man sie noch verachtet, mache nichts. Noch jede große zivilisatorische Idee sei im Anfang verachtet worden. Abrüsten könne man heute noch nicht, aber man solle dahin wirken, daß es nicht mehr nöthig werde, daß die Völker bis an die Zähne bewaffnet einander gegenüberstehen.

Dr. Sigl (wilt) bespricht eine Reihe militärischer Absonderlichkeiten. Er findet es u. A. seltsam, daß der Assistenzarzt, der etwas gelernt habe, hinter dem jüngsten Lieutenant rangirt. Wir bekommen immer mehr Einjährig-Freiwillige vom Norden, woher es komme, daß weit mehr vom Kaiser als vom Prinzregenten gesprochen werde. Redner ist nicht unbedingt gegen das Duell. Wenn Jemand Geistlicher werde, wisse er, daß er das Colibat halten müsse, und wenn Jemand Offizier werde, wisse er, daß er in die Lage kommen könne, sich zu duelliren. Er ist aber gegen den Zwangskirchengang. Er wisse, daß die Soldaten, Offiziere und Unteroffiziere den Kirchengang verfluchen und vermaledeien. Beim Zwangskirchengang der Gymnasialisten sei es auch so gewesen. Statt zu beten, habe man gelesen oder gelernt und sogar tarokt. Die warme Abendkost finde bei 2/3 der Soldaten keine Freude, eine Maß Bier sei ihnen lieber. Er ist für das Festhalten am Reservat des obersten bayerischen Militärgerichtshofes. Nach den mit dem Leipziger Reichsgericht und seinen wundersamen Urtheilen gemachten Erfahrungen würde man von einem obersten Reichsmilitärgerichtshof schöne Dinge zu erwarten haben. Redner wendet sich dann ebenfalls gegen die gestrige Rede Casselmanns, in dessen nationalen Jubel man nicht einstimmen könne. In Baiern und auch außerhalb Baierns herrsche in Folge der Berliner Politik eine große Verdrossenheit am Reiche. Er bespricht die Ereignisse von 1866 und 1870/71 und führt preussische Aeußerungen hoher Persönlichkeiten, u. A. auch aus Kaiser Friedrichs Tagebuch an und bezeichnet sie als preussisch-partikularistische und antibayerische. Daß Bismarck 1866 Baiern nicht annectirte, war ganz natürlich. Bismarck durfte es eben nicht wagen. Mit der fortgesetzten Steigerung der Militärlasten gehe es nicht mehr. Man müsse Schiedsgerichte einführen. Wenn die großen Herren dann nicht wollten, müsse man sie zwingen.

Abg. Aub (lib.) nimmt den Abg. Casselmann gegen das Centrum in Schutz. Das Reich sei eine werthvolle

Errungenschaft, und wenn Manches nicht so sei, wie es sein könnte, so müsse man denken, es werde schon besser werden. Man müsse eben das Herz und nicht nur die Vernunft sprechen lassen.

Abgeordneter Heim (B.) beklagt die Drillanstalten für Einjährig-Freiwillige, aus denen die Leute zwei Jahre früher hervorgingen als Gymnasialabsolventen. Das Schlimme wäre dann, daß jene Leute zur Post und Eisenbahn kämen. Redner verlangt, daß die Regimenter ihren Fleischbedarf direkt von der Landwirtschaft durch Vermittlung der Genossenschaften decken sollen und bekämpft die in den kriegsministeriellen Verordnungen gegen die direkte Fleischversorgung geltend gemachten Gründe.

Kriegsminister v. Mich erging sich in einer Reihe von Erwiderungen. Er erklärte u. A., man sage dem Offizier alles Schlimme nach und verlange doch, er solle sich vom Zivil nicht abschließen. Es wäre aber wirklich nicht zu wundern, wenn sich die Offiziere nach den Ausfällen, die das Offizierkorps „in diesem Hause“ erleide, von der Zivilbevölkerung abschließen.

Gegenüber dieser Bemerkung erklärte der Präsident v. Walter, daß er von Ausfällen gegen das Offizierkorps nichts gehört habe.

Dann wurde ein Antrag auf Schluß der Generaldebatte angenommen. Die Spezialdebatte wurde auf Donnerstag angelegt.

Nachwehen der bayerischen Manöver-Debatte. Die „National-Zeitung“ schreibt in einem Leitartikel: Ursachen und Wirkungen:

Es ist unmdglich, sich Selbsttäuschungen über die unglückliche Wirkung hinzugeben, die die Berliner Regierungszustände je länger, um so nachhaltiger in nationalpolitischer Beziehung ausüben. In der bayerischen Kammer der Abgeordneten sind in der jüngsten Zeit Neben geführt worden, zu deren Wiedergabe man sich nur in der zwischenzeitlichen Erwägung entschließen konnte, daß Offenheit gegenwärtig mehr als jemals Pflicht ist, und daß eine ausdrückliche Bestimmung des Strafgesetzbuches die Straflosigkeit wahrheitsgetreuer Berichte über die Verhandlungen aller deutschen Landtage sichert.

Aber der Unterschied ist, daß solche Neben, die sich viele Jahre hindurch überhaupt nicht hervorwagen durften, oder, wenn es doch geschah, in fast allgemeiner Zurückweisung untergingen, heutzutage ein nur zu weit verbreitetes Echo finden, und daß die Zurückweisung, die so notwendig wie jemals früher ist, doch unvergleichlich schwieriger, als zu irgend einer früheren Zeit ist.

Ein verständiges Urtheil. Wegen einer Notiz unter der Rubrik: Chronik der Majestätsbeleidigung stand unser Parteigenosse Thiel, verantwortlicher Redakteur des „Volksblattes für Harburg“, vor der Strafkammer in Stade. In jener Notiz war der Kaiser mit der Sozialdemokratie zusammen genannt worden. Nur die Stader Staatsanwaltschaft hatte in der Art und Weise, wie das oben angedeutete Thema behandelt wurde, eine Majestätsbeleidigung erblickt und Strafantrag gestellt. Da Thiel am 27. Oktober 1892, also vor genau fünf Jahren, wegen eines gleichen Delikts als Redakteur der Breslauer Volkswacht von der Strafkammer des dortigen Landgerichts bereits mit neun Monaten Gefängniß vorbestraft war und außerdem noch fünfzehn andere Vorstrafen wegen Preßvergehens erhalten hatte, beantragte der Staatsanwalt gegen den hartnäckigen Preßlinder ein Jahr Gefängniß und die üblichen Nebenstrafen. Der Angeklagte wies zunächst nach, daß er es jeden Augenblick an der Hand habe, im Wege des Wiederaufnahmeverfahrens von seiner ersten Strafe wegen Majestätsbeleidigung los und ledig gesprochen zu werden, da das Vergehen in seiner Abwesenheit begangen worden sei. Heute, da jene Strafsatz verjährt, könne er dies nachweisen, ohne Jemandem damit zu schaden. Er wies ferner nach, daß die Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse eine ständige Rubrik des Volksblattes sei und dazu diene, die juristisch nicht bewanderten Leser vor Majestätsbeleidigungen zu warnen und vor Unannehmlichkeiten zu hehlen. Die Thatfache seiner Vorbestrafung wegen des gleichen Delikts fielen nicht strasschärfend, sondern entlastend ins Gewicht, denn ein gebranntes Kind scheue das Feuer.

Nach beinahe einstündiger Berathung erkannte der Gerichtshof unter Vorsitz des Herrn von Schmidt-Bihlstedt gemäß den Anträgen auf Freisprechung. Die fragliche Notiz sei lediglich aus den Motiven veröffentlicht, die der Angeklagte angeführt habe. Das ergäbe sich aus dem von ihm beigebrachten Beweismaterial. Auch im übrigen habe man dem Angeklagten glauben müssen, wenn er sagte, ein gebranntes Kind scheue das Feuer. Er mußte sich sagen, daß bei seiner nächsten

Verurteilung wegen Majestätsbeleidigung die zweite Strafe weit höher bemessen würde als die erste. Mit seiner Verurteilung schade er daher nicht nur sich und seiner Familie, sondern auch der Partei, der er diene. Wenn auch in letzter Linie die Sozialdemokratie die Abschaffung der monarchischen Staatsordnung erstrebe und der Angeklagte dies auch keinen Augenblick leugne, so brauche doch damit nicht auch zugleich eine Verschimpfung des derzeitigen Trägers der Krone verbunden zu sein. Es sei notorisch, daß zu der großen Zahl der Majestätsbeleidiger die Sozialdemokratie verhältnismäßig nur ein geringes Kontingent stelle und daß die Sozialdemokratie sich bestrebe, im gesellschaftlichen Mahnen ihren Kampf gegen die heutige Ordnung der Dinge auszufechten. Der Einzelne möge darüber denken wie er wolle, strafbar sei das aber nicht und auch der Angeklagte habe die Grenze der Straflosigkeit genau innegehalten. Er war deshalb freizusprechen. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

Die neue masurische Partei hat sich bereits gebildet und den Namen Masureische Volkspartei angenommen. Die erste große Wählerversammlung der Masuren soll in Lyck am 8. November dieses Jahres stattfinden. In dem neuesten masurischen Wahlaufsatz heißt es:

„Fürchtet Euch nicht vor den Amtsvorstehern, Gendarmen und Lehrern, sondern agitirt überall öffentlich und geheim für die masurische Volkspartei. Unter dem Banner der masurischen Volkspartei treten wir in den Wahlkampf ein. Es ist für uns Masuren nicht gleichgültig, wen wir nach Lyck schicken. Es handelt sich in Lyck um große Dinge, um neue Kriegsschiffe, um Vergrößerung der Flotte, um Beschaffung neuer Kanonen und sogar — um einen Heringszoll. Also stellen wir masurische Kandidaten auf und suchen dieselben durchzubringen. Die großen Herren werden ruhig für den Heringszoll stimmen, denn sie essen keine.“

In einer dieser Tage in Lyck abgehaltenen Versammlung der konservativen Partei trat ein masurischer Bauer als Redner auf und sprach gegen die landräthlichen Abgeordneten. Die Konservativen machten jedoch berattigen Lärm, daß der Redner seine Ausführungen abbrechen mußte. Auf die Dauer werden die Junker freilich mit diesem Mittel nichts ausrichten. Auch das Organ der Landbändler hält es jetzt Angeichts der drohenden Bewegung für gerathen, daß man sich in konservativen Kreisen mehr vielleicht als bisher um die Wünsche der masurischen Bevölkerung kümmert, damit sie nicht durch Mangel an Theilnahme verstimmt werde. Zu spät, du rettetest den Freund nicht mehr!

Zur Unterstützung der bimetalistischen Agitation hat die Landwirtschaftskammer für Schlesien eine größere Subvention für den „Deutschen Bimetalistenbund“ bewilligt. Das hat in einer Sitzung des Breslauer landwirtschaftlichen Vereins ein Herr v. Wiersheim mitgetheilt. Mit Recht wirft die „Bresl. Ztg.“ dem gegenüber die Frage auf: hat die Regierung von der vorbezeichneten Art, wie die Landwirtschaftskammer von Schlesien, einen Theil der auf gesetzlicher Grundlage aufgetragenen Beträge verwendet, Kenntniß und billigt sie diese Verwendung? Die Kosten für die Landwirtschaftskammer werden nach § 18 des Landwirtschaftskammergesetzes von den Gemeinden und Gutsbezirken auf Anweisung des Regierungspräsidenten erhoben und durch Vermittelung der Kreissteuerkassen an die Landwirtschaftskammer abgeführt. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die in gleicher Weise wie andere öffentlichen Stellen aufgetragenen Mittel für die Landwirtschaftskammer nicht verwandt werden dürfen, um Bestrebungen parteipolitischer Natur zu unterstützen, Bestrebungen, denen außerdem die Regierung selbst ablehnend gegenübersteht. Die „Bresl. Ztg.“ erinnert daran, daß der Kaiser vor einigen Jahren Herrn v. Kardorff, der ihn für die bimetalistischen Pläne zu gewinnen suchte, zur Antwort gab: „Nein, mein lieber Kardorff, auf der Schwindel falle ich nicht hinein.“

Auch die „Nationalztg.“ bestreitet die Befugniß der schlesischen Landwirtschaftskammer, die agitatorischen Bestrebungen der Bimetalisten mit Geld zu unterstützen. Der Bund der Landwirth. zählt allerdings die Doppelwährung zu den „großen Mitteln“, welche der Landwirtschaft helfe.ollen; aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß auch sehr viele Landwirthe, welche Beiträge zu den Kosten der Kammer leisten müssen, die Doppelwährung für verderblich halten. Die Unterstützung einer derartigen Agitation seitens einer Landwirtschaftskammer ist ein Uebergriß, den zu rügen und rückgängig zu machen die unbedingte Pflicht der Aufsichtsbehörde ist.

Dänemark.

Der Streit um die Militärausgaben. Das Mitglied der Rechten des Folkethings, der Staatsrevisor Lars Dinesen, war für die Herabsetzung der Militärausgaben eingetreten und dadurch in Konflikt mit der übrigen Rechten gerathen. Diese hat sich nun zu rächen gesucht, indem sie Dinesen nicht wieder in den Finanzausschuß wählen wollte.

Dinesen hat nun die Partei, der er seit vielen Jahren angehört, gesprengt, indem er sich mit sechs Gesinnungsgenossen von der Rechten getrennt und eine eigene Gruppe gebildet hat, die seine Wahl in den Finanzausschuß durchsetzte. Die militärische Rechte besteht also nun aus 16 und die agrarische Rechte aus 7 Mitgliedern.

Im Ganzen ist das Folkething jetzt in fünf Parteien getheilt: Linken-Reformpartei (53), Moderate (26), Rechte (16), Dinesen'sche Gruppe (7), Sozialdemokraten (9) und 2 „Wilde“.

Belgien.

Die sozialistische Kammergruppe hat eine Interpellation wegen des Samburger Majestätsbeleidigungsprozesses angekündigt. Da man in der belgischen Deputirtenkammer kein Blatt vor den Mund nimmt, so wird der Gründerkönig wohl wenig erbauende Dinge zu hören bekommen.

Amerika.

Die Bürgermeisterwahl in New-York. Am Dienstag, 2. November, findet in der Miesenstadt New-York — sie ist durch die Vereinigung mit Brooklyn die zweitgrößte Metropole der Welt geworden — die Wahl eines Bürgermeisters statt. Seit Wochen spielt sich unter großer Erregung der Gemüther der Wahlkampf ab. Fünf Kandidaten stehen, oder standen vielmehr bis gestern gegeneinander im Felde: der Sozialdemokrat Daniel Santal, der Republikaner Tracy, der Demokrat Richter van Wyck, der Präsident der Columbia Universität Seth Low und der Silbermann Henry George. Letzterer ist einem tragischen Geschick zum Opfer gefallen. Nachdem er am 28. v. Mts. in vier Versammlungen Ansprachen gehalten, ist er an einem Schlaganfall gestorben. Nach einem New-Yorker Telegramm ist nunmehr der Sohn des Verstorbenen, der gleichfalls Henry heißt, von demselben Komitee als Kandidat aufgestellt worden. Für den Verstorbenen rechnete man auf 80 000 bis 90 000 Stimmen. Ob diese sich auf seinen Sohn vereinigen werden, erscheint zweifelhaft.

Die Bedeutung der Bürgermeisterwahl ergibt sich aus dem Umstande, daß der neue Mayor von Groß-New-York nächst dem Präsidenten der Union der einflussreichste und mächtigste Verwaltungsbeamte in den Vereinigten Staaten sei. Er wird die Vorstände sämtlicher städtischen Verwaltungszweige, der Polizei, der Hasenanlagen, der Feuerwehr, der Bauverwaltung, die Richter des Stadtgerichts und andere Beamte zu ernennen und überhaupt ein Heer von 30 000 Beamten unter sich haben, die er nach Ermessen binnen sechs Monaten absetzen und durch andere ersetzen kann. Dem Regenten eines kleinen Königreichs ähnlich wird er über die Verwendung eines Budgets von 100 Millionen Dollars zu bestimmen haben, und den gesetzgebenden Beschlüssen des Board of Aldermen, der Stadtverordneten, gegenüber steht ihm ein suspensives Veto zur Seite.

Bei einem solchen Machtumfang des neuen Postens und dessen Bezahlung mit 15 000 Dollars ist es erklärlich, daß er den Parteien und deren Vorkämpfern als sehr erstrebenswerthes Ziel erscheint.

Henry George, der plötzlich verstorbene Bürgermeisterschaftskandidat für New-York wurde 1839 in Philadelphia geboren, lernte die Buchdruckerei und war als Setzer in mehreren Druckereien zu San Francisco beschäftigt. Gleichzeitig schrieb er anonym Artikel. Als seine Antorschaft bekannt wurde, stellte ihn der Herausgeber der „San Francisco Times“ als Redakteur, dann als Chefredakteur an. Er war hierauf noch bei mehreren anderen Blättern thätig, zuletzt — seit 1887 — gab er die Wochenschrift „The Standard“ in New-York heraus. In weiten Kreisen wurde George bekannt hauptsächlich durch sein Werk „Fortschritt und Armuth“, worin er das soziale Elend auf das Privatgrundeigenthum als seine einzige Ursache zurückzuführen versuchte und dessen Abschaffung durch Expropriation verlangte. Seine Werke haben den neueren „Bodenreformern“ (Flürschheim u. A.) Anregungen gegeben und ihnen theilweise als Vorbilder gedient.

Henry George ist in der Presse im Verlaufe der letzten Wochen häufig als Mayor-Kandidat der „Sozialisten New-Yorks“ bezeichnet worden. Mit Unrecht. Unser New-Yorker Parteiorgan hat des Deferen energisch Einspruch gegen diese Bezeichnung erhoben und u. A. Folgendes ausgeführt:

„Wo Henry George ist wirklich im Felde als Mayor-Kandidat, der die Absicht hat, sich ernst nehmen zu lassen?“

„Das würde uns Sozialisten New-Yorks nöthigen, die Anti-George Kampagne von 1887 noch einmal zu schlagen. Wie wir ihr damals, als sie drohte, auf die bloße Karotte ihres Laufspahns hinauszulaufen, mit Hilfe der „Progressive Labor Party“ den Garauß gemacht, sein Votum in der Stadt New-York auf die Hälfte reduziert und damit George selbst von der politischen Bildfläche so gut wie verdrängt haben, so müssen wir jetzt verhindern, daß Henry George als Sammelplatz einer Pseudo-„Arbeiter“bewegung erscheint. Wenn gewisse Schichten des Bürgerthums den Mann nochmals auf's Schild haben wollen, so ist das ihre Sache, Henry George und die Arbeiter haben mit einander nichts zu schaffen.“

„Was hat denn der Mann in den zehn Jahren, seitdem er aufgehört hat, sich als ihren politischen Champion betrachten zu lassen, für die Arbeiterbewegung gethan? Hat er sich überhaupt nur um sie gekümmert? Ist er agitatorisch oder auch nur journalistisch-literarisch im Interesse der Arbeiterklasse irgendwie thätig gewesen?“

„Nicht die Spur!
„Für Cleveland und den demokratischen Tarifreform-Humbung ist er auf eine gut bezahlte „Stump“-Tour gegangen und hat damit Cleveland zu seiner Niederlage von 1888 verholfen. Weiterhin begab er sich auf längere Zeit nach England und hat dort sein längst „ad absurdum“ geführtes Singletag-Steckenpferd spaziren geritten, ohne nennenswerthe Spuren zu hinterlassen. Seitdem

hat er hier im Lande wieder politisch herumvegetirt, wovon Niemand sonderlich viel Notiz genommen. Was in aller Welt berechtigt den Mann, nochmals um die Stimmen der Arbeiter zu buhlen? Glaubt er allen Ernstes, daß er noch, wie einst, in weiten Kreisen populär ist?“

Im Anschluß hieran sei an Folgendes erinnert. Am 23. Oktober 1887 wurde Henry George in einer Arbeiterversammlung zu New-York, wo er mit unserem Genossen Schewitsch eine Diskussion zu bestehen hatte, als angeblicher Vertreter von Arbeiterklassen-Interessen theoretisch vernichtet. Da mußte er, von seinem Gegner in die Enge gedrängt, zugestehen, daß den Arbeitern, wenn die Landsteneridee zur Durchführung käme, ohne den Besitz der anderweitigen Produktionsmittel doch nichts übrig bleibe, als sich dem Besitzer der Produktionsmittel als Lohnknecht zu verkaufen oder vom Fischfang zu leben und in selbsterrichteten Schanties zu hausen. In seiner tödlichen Verlegenheit, dem Einwurf des Gegners zu antworten, stellte er das ganz led für die Arbeiter „begehrtenwerth“ hin.

Lüben und Nachbargebiete.

1. November.

Wenn Hannibal vor den Thoren steht, werden die Weisen klug. Wenn das Schreckgespenst der Cholera in nächster Nähe auftaucht, denkt man an Asanirung der elenden Wohnungsverhältnisse, wenn die Augenkrankheit an ulose in bedrohlicher Nähe grassirt, ventillirt man in bürgerlichen Blättern die Frage der Schulärzte. Das vom Staate für die Schuljugend unendlich viel mehr gethan werden muß, als augenblicklich geschieht, haben wir mit allem Nachdruck u. A. schon bei Gelegenheit der Bürgerchaftswahlen hervorgehoben. Aber unsere bürgerlichen Politiker und mit ihnen unsere famose bürgerliche Presse hielt es damals nicht für angebracht, sich mit wahrhaft wichtigen, kulturellen Fragen zu befassen. Unsere Anregungen blieben unerbrtert; statt dessen balgte man sich wie die Schulrangen um einen unreifen Apfel, um die Musikfrage und sonstigen Jirlefang. Selten haben wir ein so stark entwickeltes Völkertum gesehen, wie bei jener Gelegenheit. Das Lübecker Bürgerthum steht politisch durchweg auf einem äußerst niedrigen Niveau. — Wie berechtigt unsere Forderungen waren, zeigt sich alle Augenblicke. Auch das Auftauchen der Schularztfrage aus Anlaß der Augengranulose ist weiter nichts als eine nachträgliche Rechtfertigung unserer Ansprüche. Unter den Kanalarbeitern ist jene gefährliche Krankheit mehrfach konstairt worden — nun ist Holland in Noth, und unsere bürgerlichen Preßhelden schreiben sich die Finger wund gegen den unangenehmen Gast. Jetzt soll der Brunnen zugebedt werden. Das ist gut bürgerliche Sozialpolitik! — Anzuerkennen ist, daß die Oberschulbehörde wenigstens rechtzeitig Vorkehrungen trifft. Wir wollen deshalb angeichts des lebhaften Interesses, welches vor Allem auch unsere Leser an dieser Frage haben, die von derselben erlassenen Verfügung vollinhaltlich wiedergeben. Denn die Arbeiter sind die ersten, welche unter ansteckenden Seuchen zu leiden haben. Die Verfügung lautet:

„Im letzten Sommer sind in Lübed mehrfach Erkrankungen an der hier sonst äußerst seltenen Augengranulose (granulirender Augenbindehautkatarakt, Kornealkrankheit) zur ärztlichen Behandlung gekommen. Die Erkrankungen betrafen größtentheils arbeitende Personen, welche aus den östlichen Theilen Deutschlands hierher gekommen waren (zum Elbtravellanten u. s. w.); vereinzelt hat es sich auch um von jenen Personen ausgegangene Ansteden gehandelt. Ueber Erkrankungen von Schulkindern ist bisher nichts bekannt geworden. Gleichwohl bieten die bisherigen Erfahrungen, wie solche auch in den mittleren und westlichen Gebieten Deutschlands in Gestalt von Einschieppungen und gelegentlicher Verbreitung der Granulose durch „Sachfänger u. s. w. gemacht worden sind, Veranlassung, dem Gesundheitszustande der Augen der Schulinder eine besondere Aufmerksamkeit und Beobachtung zuzuwenden, um etwaige Erkrankungen frühzeitig zu erkennen, dieselben der ärztlichen Behandlung zuzuführen und die Mitglieber vor Ansteden zu bewahren. Eine solche besondere Aufmerksamkeit ist gerade deswegen angezeigt, weil die Krankheit meist Anfangs kaum oder wenig Beschwerden bei den Betroffenen verursacht.“

Die Granulose besteht in einer infektiösen Entzündung der Augenbindehaut mit Bildung von sagoartigen Körnern an der Innenfläche der Lider. Da diese Körner für den Laien für gewöhnlich nicht wahrnehmbar sind, so verräth sich die Erkrankung nur durch einen geringen Reizzustand des Auges mit schleimiger oder eitriger Absonderung. Diese Absonderung ist äußerst ansteckend und geeignet, durch direkte oder indirekte Uebertragung (Benutzung gemeinsamer Waschlöscher, Handtücher, eingeatmeten, Zusammenwaschen, Verunreinigung der Thürklinken usw.) auf die Augen Gesunder die gleiche Krankheit hervorzurufen, welche durch ärztliche Behandlung in ihrem Anfangsstadium an welcher beseitigt werden kann, ohne eine solche aber zu schweren Verunstaltungen der Augen, schwerer Schädigung des Sehvermögens und der Erwerbsfähigkeit, auch bis zur völligen Erblindung führen kann.

Die Leiter sämtlicher Schulen werden daher angefordert, den Gesundheitszustand der Augen ihrer Schüler eine stete Aufmerksamkeit zu verwenden, bei wahrgenommener verdächtiger Augenentzündung (jälleiniger oder eitriger Absonderung) die Erkrankten von den Mitschülern zu trennen, sie in ärztliche Behandlung zu verweisen und dem Schurath behufs Weitergabe der Mittheilung an den Phtisias, von dem Vorkommnisse sofort Meldung zu erstatten.“

Zum Mübeltischlerstreik. Der nächste diese Frage behandelnde Artikel erscheint in der morgigen Ausgabe dieses Blattes.

Die Gehaltserhöhung der Oberbeamten des Hanseat. Oberlandesgericht ist rückwirkend vom 1. Januar d. J. in Kraft getreten. Die Gehälter bewegen sich jetzt zwischen 13 000 und 23 000 M. Hoffentlich werden jetzt auch die unteren Beamten und Diätäre schleunigst mit einer Aufbesserung bedacht. Ihnen thut es größer noth!

Unangenehme Abenteuer wollte der Händler D. im Verkehr mit der Germaniabahn erlebt haben. Er beschuldigte den Schurmann Nr. 80, Schulz, daß derselbe ihn auf dem Markte heftig vor die Brust gestoßen und an der

Gurgel gepackt habe. Auf der Wache habe Sch. dies bestritten, und als er D. dann gerufen: Der Mann läuft! — habe man ihn in den Wagen gepackt und nach dem Marstall geschafft. Bei seiner protokolllarischen Vernehmung habe er alle Beschuldigungen zurückgenommen, um loszukommen. Nach den eidlichen Aussagen einer Reihe von Beamten in der Sonnabendfrühung des Landgerichts, wo gegen D. wegen falscher Anschuldigung und Verleumdung verhandelt wurde, ist D. nichts zu Leide geschehen, er ist angetrunken gewesen! Nur eine Civilperson bestätigte theilweise die Angaben des Angeklagten. Sonach muß also D. vermuthlich alle Einzelheiten aus der Luft gegriffen haben. Das ist natürlich strafbar und trägt dem Thäter 1 Monat Gefängniß und 10 Mk. Geldstrafe evtl. 2 Tage Gefängniß ein.

Ein hübscher Erfolg. Die Bäckergehilfen der Brodfabrik von J. F. Petersen, Lindenstraße, waren mit Forderungen an die Firma durch Vermittelung des Bäcker-Verbandes herantreten. Es ist ihnen alles bewilligt worden, jedoch sie nun statt 19 Mk. einen Minimallohn von 22 Mk. erhalten. Außerdem sind eine ganze Reihe Einrichtungen zur Erhöhung der Betriebssicherheit und sanitäre Verbesserungen zugestanden. Hoffentlich zeigen die davon Betroffenen sich der Organisation durch treue Zugehörigkeit dankbar.

Eine öffentliche Kartell-Versammlung fand am Sonnabend im Vereinslocale statt. Die Besetzung der Präsenzliste ergab das Fehlen der Vertreter der Lithographen und Kohlenarbeiter. Es wurden sodann zu der nach dem neuen Regulative erforderlichen ständigen Kartellkommission fünf Genossen einstimmig gewählt. Alsdann erhielt der Berichterstatter der Regulative-Kommission das Wort. Derselbe erklärte, daß ein zweites Schreiben an die Bäcker-Juunung, in welchem eine Antwort der Juunung direkt — und nicht vom Vorstande allein, wie es das erste Mal geschehen sei — gewünscht wurde, die Antwort eingetroffen sei, welche also lautet:

Bäcker-Juunung.
Lübeck, den 26. Oktober 1897.

An das
Lübecker Gewerkschaftskartell,
zu Händen des Herrn Edmund Hasner,
hier.

Die am Freitag, den 22. Oktober, vollzählig versammelte Bäcker-Juunung erklärt sich mit dem Vorgehen des Vorstandes einverstanden und lehnt es einstimmig ab, mit dem Gewerkschaftskartell in Verhandlung zu treten. Sie stellt es vielmehr jedem Bäckergehilfen frei, den in der Stavenstraße 10/12 sich befindenden Arbeitsnachweis zu benutzen.

Im Auftrage der Juunung:
A. Michaele,
Obermeister.

Ferner sei von dem Bäckermeister Sah, Schwartauer Allee Nr. 16a, ein Brief eingelaufen, worin derselbe mittheilt, daß er den früher unterschriebenen Mevers, — seine Gesellen von dem Bäckergehilfen-Arbeitsnachweis befreien zu wollen —, zurücknehme. Ferner machte Mever bekannt, daß der von der in der öffentlichen Bäcker-Versammlung gewählte Kommission ausgearbeitete Entwurf des Arbeitsnachweises in der Juunungsversammlung — sowohl die einzelnen Paragraphen, wie auch schließlich der ganze Entwurf — zur Abstimmung gebracht sei, und fast einstimmig angenommen sei. In dieser Juunungsversammlung seien auch vier organisierte Bäckergehilfen zugegen gewesen. Eine Einigung mit den drei Lübecker Brodfabrikanten sei nicht erzielt worden, sie verhielten sich ablehnend bis auf eine, welche bis Dienstag Antwort geben wolle; ferner unterbreitete Mever der Versammlung eine von der Kommission verfaßte Resolution, welche lautet:

„Zu Erwägung, daß die Bäcker-Juunung zu Lübeck durch einen einstimmigen Beschluß erklärt hat, nicht mit der Kartell-Kommission über Arbeitsnachweis unterhandeln zu wollen, obwohl eine Juunungs-Versammlung sich für den Arbeitsnachweis der Gesellen bei der Abstimmung einstimmig ausgesprochen, während sie jetzt gegen denselben eine ablehnende Stellung einnimmt, fordert das Gewerkschaftskartell in einer Sitzung vom 30. Okt. die Delegierten auf, in ihren Gewerkschafts-Versammlungen für die moralische Unterstützung der Organisation der Bäcker in der Weise Sorge zu tragen, daß die Mitglieder der Organisationen diejenigen Geschäftsleute, welche den Arbeitsnachweis der Gesellen anerkennen, bei ihrer Einkäufen in Berücksichtigung ziehen. Die Organisation der Bäcker wird ihre ganzen Mittel aufzubieten haben, die Ausführung dieses Beschlusses zu ermöglichen.“

Mehrere Redner waren mit der Resolution einverstanden, um den Bäckermeistern die gebührende Antwort auf ihr Verhalten zu geben, da ihr Streben doch nur auf die Vernichtung des Bäcker-Verbandes hinfiele. Der Vorsitzende des Bäckerverbandes, Genosse Alimann, sprach der Kommission des Kartells und auch des Bäckerverbandes Dank aus, weil sie alles versucht hatten, um die Angelegenheit auf friedlichem Wege zu regeln. Die in der öffentlichen Bäcker-Versammlung gewählte Kommission habe ja auch Aufzungs friedlich gearbeitet.

Auch der von ihnen ausgearbeitete Entwurf sei in den hieran beteiligten Körperparteien zur Annahme gebracht. Etwas später habe ein Bäckergehilfe in einer öffentlichen Bäcker-Versammlung ein Referat über die Verfassung des Kartells und Logiswesens gehalten. Dieses sei wohl die Veranlassung, daß die Herren Juunungsmeister jetzt anders darüber dächten, der in der Kartell-Versammlung ausweisende Obermeister der Juunung hat uns Wort, welches ihm auch ertheilt wurde:

„Er sei nur als Zuhörer erschienen, die Ausführungen einzelner Redner jedoch veranlaßten ihn, das Wort zu ergreifen. Er bekräftigte die Annahme des Entwurfs durch die Juunung in Gegenwart von vier Gesellen. Es sei ein Fehler seitens der Juunung gewesen, daß sie die Gesellen-Kommission beiseite schob. Ursache dazu sei nachstehender Brief der Bäckergehilfenbrüderschaft gewesen.“

Lübeck, den 17./8. 1897.

An den
Vorstand der Bäcker-Juunung
hierseits.

Die heutige Versammlung der Bäckergehilfenbrüderschaft erklärt der Juunung, daß sie das Vertrauen zu der jetzt bestehenden Gesellenkommission verloren hat und dieselbe hiermit aufgehoben ist. Statt dessen hat die Versammlung die Gesellen Wiber, Steinhoff und Bod als Kommissionsmitglieder und den Gesellen Damann als Ersatz gewählt. Zudem wir die Juunung ersuchen, diese Kommission anzuerkennen, drücken wir zu gleicher Zeit den Wunsch aus, daß die Juunung dahin strebe, den Arbeitsnachweis sobald als möglich in Thätigkeit treten zu lassen und bitten um baldige Antwort.

Der Vorstand der Bäckergehilfenbrüderschaft
D. Behnde, Vorsitzender.
F. Bod, Schriftführer.

Die Juunung denke nicht daran, durch den Nachweis organisierte Gesellen auszuschließen. Nachdem dem Redner der Fall des Gesellen Holz vorgehalten war, bei dem dies doch geschehen, erklärte er: Die frühere Bestimmung des Juunungstatutes, welche im Falle Kontraktbruches dieses vorschrieb, sei zu hart und deshalb im Statute des

Nachweises ausgemerzt worden. In Zukunft werde die Arbeit streng der Reihe nach vergeben. Er sehe auch ein, daß die Abweisung der Kartell-Kommission durch die Juunung ein Fehler gewesen sei. Meister Sah habe sich zur Aufnahme in die Juunung gemeldet, Mitglied sei er noch nicht.

Diese sowie die früheren diesbezüglichen Mittheilungen gaben einem Redner Anlaß, zu konstatieren, daß Herr Sah sich erst vor nicht allzu langer Zeit in den sozialdemokratischen Verein habe aufnehmen lassen. In seinen Augen sei der Mann also ein Geschäftssozialist.

Nach den Erklärungen des Obermeisters wurde seitens des Genossen Kasch nachstehende Resolution eingebracht und beigestimmt:

„Die heutige Kartell-Versammlung erklärt hinsichtlich der Frage des Arbeitsnachweises der Bäcker-Juunung:
Wenn geheißen wird, was der Herr Obermeister der Juunung zugesichert hat, daß nämlich kein organisierter Arbeiter gemäßregelt, sondern die Arbeit der Reihe nach vergeben werden solle, und wenn zugestanden wird, daß 3 Vertreter der organisierten Bäcker im Arbeitsnachweise sich erhalten, für geregelt.“

Diese Resolution fand mit dem Zulage, daß die von der Kommission eingereichte, einstweilen zurückgestellt werden solle, bis die Juunung auf die Resolution Kasch positive Antwort ertheilt habe, mit 16 gegen 4 Stimmen Annahme.

Punkt 3 der Tagesordnung mußte wegen vorgerückter Zeit vertagt werden.

Unter Beschließen wurde einstimmig beschlossen, daß der Frauen-Verein, weil keine Gewerkschaft, sondern ein Bildungsverein, in Zukunft nur eine beratende Stimme haben solle.

Vom Tage. Untersuchung ist eingeleitet gegen zwei Kaufleute, welche vor einiger Zeit einen hiesigen Hotelier um 85 Mk. geprellt haben sollen. Wahrscheinlich haben sie sich eines falschen Namens bedient.

Arbeiterrißlo. Am Sonnabend fiel der Maler Büchner auf einem Bau vor dem Mühlenthor eine Kellertreppe hinab, wobei er Querschnitte der Brust, des Unterarmes und des linken Knies erlitt.

Zu das Handelsregister ist eingetragen am 30. Oktbr. 1897 auf Blatt 2011 die Firma „W. König.“ Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: Wilhelm Louis Nikolaus König, Agent und Commissionär in Lübeck.

Spernung der Hasen- und Constlinstraße. Wegen Pflasterungsarbeiten an der unteren Hasenstraße, auf der Strecke vom Schuppen Nr. 23 bis zur Constlinstraße, wird dieser Theil der Hasenstraße von heute bis zur Fertigstellung der Arbeiten gesperrt. Von letzterem Zeitpunkt ab wird die Constlinstraße von der Gertrudenstraße ab bis zur Hasenstraße ebenfalls bis zur Fertigstellung der alsdann dort vorzunehmenden Pflasterungsarbeiten für den Fuhrwerkverkehr gesperrt.

Rirkus Variete Neunterzug. „Ende gut, Alles gut“, kann mit Recht von dem gestrigen letzten Auftreten der Künstler der 3. Serie gesagt werden. Immer und immer wieder wurden dieselben durch den stürmischen Beifall des ausverkauften Hauses veranlaßt, sich zu einer Zugabe zu bequemen. Einem solch trefflichen Künstlerpersonal kann man bei seinem Scheiden kein Lebewohl, sondern nur ein „Baldiges Wiedersehen“ wünschen. — Heute, Montag: Erstes Debut des vollständig neuen Spielplans der vierten Serie. Bereits am gestrigen Tage repräsentirte sich dem Publikum eine „Probenummer“ hiervon: die Lustakrobaten Mr. Emilian und Miß Helene. Mit staunenswerther Eleganz und Sicherheit vollführt Mr. Emilian am schwebenden eisernen Reifen und am Trapez die denkbar schwierigsten „Arbeiten“, während Miß Helene, an einem über dem Künstler angebrachten Trapez mit den Knien hängend, Trapez und Reifen mitsammt dem sich produzierenden Künstler mit den — Zähnen hält. Wenn diese hervorragenden Leistungen schon das Erstaunen der Anwesenden erregte, so erreichte die Bewunderung ihren Höhepunkt, als Mr. Emilian mit zwei schweren Stählen auf einem dünnen Drahtseil balancirte. Während ein Ende des Seiles an einem massiven Ständer befestigt war, hielt auf der andern Seite Miß Helene das Seil mit ihren Zähnen straff. Fürwahr, eine Colossal-Leistung! Nach diesem glänzenden ersten Debut einer einzigen Nummer darf man wohl dem Auftreten des gesammten neu engagierten Künstlerpersonals mit Interesse entgegensehen.

Emil Raude's Variete. Vielfach geäußerten Wünschen Folge leistend, hat sich die Direktion entschlossen, für die 4. und 5. Serie Vorzugsbillets auszugeben. Dieselben berechtigen Jedermann zum Eintritt gegen halbes Entree und sind Wochentags zu allen Plätzen gültig und an der Theaterkasse vorzuziehen. Nachzahlung ist: Loge 1 Mk., Sperrsiß 75, Saalplatz 40, Tribüne 25 Pfg. Für die 4. Serie sind nachfolgende Kunstkräfte engagirt: Dorina-Manea-Truppe, Schwedische Damen-Gesellschaft; Darstellung lebender Bilder, Schönheits-Galerie, (5 Damen und 1 Herr); Canova, (American gr. Contortionist); The two Bornos (Comical Act am Doppelred); Mr. Kano (Great flying act); Grigolatis-Truppe (Hochturnkünstler, 6 Pers.); Geschwister Scheffler (Die Töchter der Pasta, Nationaltänzerinnen); Leopoldi und Falkon (Internationale Duettisten); Clara Meyler (Die Schwedische Nachtigall); ??? (Wortgl. Humorist); Fr. Uda Cornelsen (Wortgl. Kostüm-Soubrette). Beginn der Vorstellung 8 Uhr; Einlaß 7 Uhr.

Schwartau. In Haft geriethen zwei Arbeiter, welche beschuldigt werden, einem in angeheitertem Zustande befindlichen Wirth aus Ratkau ein Portemonnaie mit 60 Mk. gestohlen zu haben. Dieselben sind wieder auf freiem Fuße, doch dürfte Anklage wider sie erhoben werden.

Ploen. Aus dem neunten Reichstagswahlkreise. In Heiligenhafen hielten die Nationalsozialen eine Versammlung ab, in welcher Pastor a. D. Göhre und Lehrer a. D. Damaschle der als Kandidat der Nationalsozialen für den neunten Wahlkreis aufgestellt worden ist, sprachen. An der sehr regen Debatte theilnahmen außer den Referenten noch der Stadtkassirer Schäferhoff, der für die Konser-

vativen eintrat, ebenso wie Pastor Jensen, und ferner unser Parteigenosse Hecht, der den Standpunkt der Sozialdemokratie vertrat. — Die Nationalsozialen wollen den neunten Wahlkreis tüchtig bearbeiten. In Ploen haben sie ein Wahlbureau errichtet, ihr Kandidat hält sich die ganze Zeit über im Wahlkreis auf bis zum Wahltag und nachfolgende Herren werden auf längere oder kürzere Zeit den Wahlkreis bereisen: Pfarrer Naumann, Pastor a. D. Göhre, v. Gerlach, Graveur Schaal und Vereinskassirer Went. Ihre Freunde in Lübeck, Kiel und Hamburg haben ihre agitatorische Unterstützung zugesagt.

Der Kandidat der Konservativen, Nationalliberalen, Antisemiten und des Bundes der Landwirthe, Herr von Tüngeln-Schmoel, ist, wie bestimmt verlautet, von seiner Kandidatur wegen Differenzen mit dem Bunde der Landwirthe zurückgetreten.

Hamburg. Am 10. Biehungstage der 7. Klasse der 312. Hamburger Stadt-Lotherie wurden folgende Nummern mit nachstehenden Hauptgewinnen gezogen:

Nr. 62088 mit 20.000. Nr. 40984 62723 95654 mit je 10.000. Nr. 44421 58978 mit je 5.000. Nr. 58853 103280 mit je 3.000. Nr. 2782 11756 17716 21394 40205 48285 51260 55041 79896 95572 109625 mit je 2.000. Nr. 830 1321 5078 6182 5957 7840 8999 13952 16591 16791 17172 17518 19289 22144 24366 25438 30225 33251 38367 38368 40962 42882 44228 54495 55051 55486 58828 67092 69483 70233 72326 75397 79176 81237 82310 82362 83785 91531 92761 93280 100592 110014 mit je 1.000. Nr. 300 2956 3450 3921 4426 4853 7274 8576 10219 10242 11376 12005 12181 12323 12717 13616 13985 15839 16841 17443 19362 21418 24845 27959 28225 29763 30736 31328 31636 33519 34118 34520 34852 35357 36854 37551 38046 38424 39353 40354 41977 42329 42739 46461 49302 52183 52777 53285 53456 56405 55830 56511 56729 57733 58284 58961 59284 59553 59917 61500 61981 62234 62264 64951 65200 69855 71982 72658 77411 81765 82540 82587 86145 89649 87879 87905 88303 88352 89938 91965 91897 92006 92597 96862 96861 97176 99290 99478 103568 103924 104335 104391 104748 105946 112114 112364 112461 114032 mit je 500.

(Ohne Gewähr.)

Kiel. Die Germania-Werft im Besitze Krupps hat den Neubau des Panzerschiffes 1. Klasse „Erfolg König Wilhelm“, in Auftrag erhalten. Man sieht die „Hoffnung“ Krupps auf umfangreiche Bestellungen hat ihn nicht getäuscht. In diesem Jahre ist es schon das zweite Schiff, welches für die deutsche Kriegsmarine der Germania-Werft in Bau gegeben ist. Gegenwärtig liegt ein Kreuzer 4. Klasse auf den Helgen. In der Konkurrenz mit den Western Blohm u. Woff, Hamburg, „Bullau“, Stettin, „Weser“, Bremen, und „Schichau“ Danzig, hat Krupp den Sieg davongetragen. Es handelt sich hier um ein Objekt, das auf 14.120.000 Mk. ohne Artillerie- und Torpedo-Ausrüstung, wovon auch noch der Löwenantheil auf die Essener Werke fällt, veranschlagt wird. Das Schiff wird ein Schwefelschiff der beiden auf der Wilhelmshafener Werft gebauten Schiffe „Kaiser Friedrich III.“ und „Kaiser Wilhelm II.“ werden und ist die erste Vaurate zum Betrage von einer Million Mark in der vorigen Session des Reichstags bewilligt worden.

Apenrade. Aufgeführtste Versammlung. Eine Versammlung Dänischgesinnter in Kudding, wo der Landtagsabgeordnete Hansen-Apenrade einen Vortrag halten wollte, wurde mit der Absingung des Liedes: „Jeg vil vølge mit Land“ von Björnson eröffnet. Raum war der Gesang beendet, als der Amtsvorsteher Thiermann die Versammlung auflöste, weil jener Gesang als ein aufreizender angesehen werde. Hansen bemerkte, dieser Gesang könne doch nicht als verboten gelten, weil er ein norwegischer sei und von einem norwegischen Dichter stamme. Es blieb aber trotzdem bei dem Verbot.

Rostock. Auf dem Centralbahnhof erregte am Sonntag ein Anschlag an der Tafel beim Stations-Bureau allgemeine Aufmerksamkeit. In demselben wurden Klagen und Beschwerden des Unterpersonals über die Diensttheilung laut: es hieß am Schlusse: wenn diesen Beschwerden nicht abgeholfen würde, so werde bald das gesammte Beamtenpersonal sozialdemokratisch sein; die Schlussworte lauteten: hoch die rothe Fahne der Sozialdemokratie! Begreiflicherweise wurde eine peinliche Nachforschung nach dem Urheber dieses umstürzlerischen Ergusses angestellt; aber vergeblich.

Güstrow. Der Vorstand der konservativen Partei des sechsten Wahlkreises hielt hier unter Anwesenheit des früheren Kriegsministers General Bronsart von Schellendorff eine Sitzung ab, in der sich der bei Ratow begüterte General zur Ueberrahme der Kandidatur bereit erklärte.

Stadttheater. Morgen Dienstag gelangt Nicolai's beliebte komisch-phantastische Oper „Die lustige Weiber von Windsor“ zur Aufführung. Herr Kunze, unser beliebtester Opernkünstler singt zum ersten Male den Falstaff und darf man auf dieses interessante Experiment gespannt sein. Die übrigen Hauptpartien sind mit denen Frau Adler-Gugonnet (Frau Pluth), Fr. Ullmann (Frau Reich), Fr. Sabenia (Jungfer Anna), sowie den Herren Sarau (Herr Pluth), Schertel (Herr Reich), Sträh (Fenton) besetzt. Für Mittwoch ist wieder eine vollständige Künstler-Vorstellung bei halben Preisen angelegt und zwar Shakespeare's „Ruhig Bear“. Richard Wagner's „Rheingold“ wird nicht nur dekorativ und machinell neu ausgestattet, sondern auch die Kostüme, Waffen, Requisiten werden zu diesem künstlerischen Ereignisse neu angefertigt.

Briefkasten.

Die Genossen Webber und Tiedemann bitte ich, erst am kommenden Sonntag, Vormittags 11 Uhr, zu mir zu kommen, da ich am Donnerstag behindert bin.
K.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 30. Oktober.
Der Schweinehandel verlief mittelmäßig.
Zugesührt wurden 370 Stück. Preise: Bernadtschweine schwere 58—60 Mk., leichte 56—58 Mk., Saanen 50—55 Mk. und Ferkel 53—56 Mk. pr. 100 Pfd.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir erlangen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Postboten inserieren, zu befristigen und bei event. Einsäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Elise Barmwater
Carl Sager
Verlobte.

Lübeck den 31. October 1897.

Zu vermieten eine Wohnung

an zwei einzelne Leute im Preise von 180 Mk. Näheres Nr. Grövelgrube 20.

Logis mit Beköstigung Nr. 30.

Verloren am Sonntag Abend im Colosseum eine schwarze Arlethische mit Inhalt auf den Namen S. Diderich, Messerschmied, lautend. Der christliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen Belohnung abzugeben. Postenstraße 32.

Großes **Magnum bonum**, 200 Pfd. 4,50 Mk., ff. franz. Eierkartoffeln von Sandboden, 200 Pfd. 5,50 Mk., frei Haus. Ernst Dose, Fischergasse 24.

Feinste Meierei-Butter, Pfd. 1,20 Mk.

Feinste Marke Margarine, Pfd. 60 Pfg.

sowie Speck, Wurst, Eier und Käse empfiehlt billigst
Joh. Holst, Dannewerksgrube 35.

Feinste

Margarine

aus der Lübecker Margarine-Fabrik „Hansa“.

Marke Extra pr. Pfd. 60 Pfg. 2 Pfd. 1,15 Mk.

empfehlen

Reinh. Büsen.

A. L. Mohr'sche

FF-Margarine

im Geschmack und Nährwerth gleich guter Butter empfiehlt pr. Pfund 65 Pfg.

sowie billigere Marken zu 60 Pfg. u. 50 Pfg. per Pfd., stets frisch, da täglich mehrere Gebinde geleert werden.

Ludw. Hartwig,

Obertrave 8.

Albert Meincke

15 obere Regidienstr. 15

Ecke Königstrasse.

Buckskin-Knaben-Anzüge 2,75 Mk.

Buckskin-Burschen-Anzüge v. 5 Mk. an

Herren-Anzüge von 10—45 Mk.

Ramngarn-Hosen von 5—14 Mk.

Buckskin-Herrenhosen v. 2,85 Mk. an

Arbeits-Hosen von 2 Mk. an

Arbeitswesten von 1,70 Mk. an

Engl. Lederhosen von 2,30—8 Mk.

Schwarze lein. Rajen, 2,40—3 Mk.

Blaugestr. Rajen und Hemden

Gestr. Arbeitshemden, 0,90—2 Mk.

Weisse Herrenhemden, 1,40—2 Mk.

Große Herren-Unterhosen v. 80 Pfg. an

Blau lein. Mittel von 1,40 Mk. an

Blau lein. Hosen von 1,50 Mk. an

Hosenträger und Wäsche

Schlipse von 5 Pfg. an

Schirme von 1,00 Mk. an

Strümpfe und Socken, Paar 10, 15,

20 Pfg. und besser.

Albert Meincke
Filiale: Beddergrube 36
Ecke Kupferschmiedestr.

Zu Spottpreisen

verkauft

garnirte Damen- und Kinder-Hüte
Hermann Wolfsfeld

Holstenstraße 12.

Wegen Geschäftsveränderung

verkaufe ich

sämmtliche Haus- und Küchengeräthe, Lampen, Defen, Feuergeräte etc.

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Nadener Allee 10.

Carl Buchholtz.

Frankenthal & Co.

offertren

Emaillierte Geschirre.

Neu aufgenommen

verzinkte Waschtöpfe.

Markt Nr. 15. Detail-Verkauf. Markt Nr. 15.

Deutscher

Metallarbeiter-Verband

(Zahlstelle Lübeck)

Kombinirte Mitglieder-Versammlung

mit der Section der Klempner

am Dienstag den 2. November, Abends 8 Uhr,

im Vereinshaus, Johannisstrasse 50.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Th. Schwarz: Der Streit der englischen Maschinenbauer und seine Bedeutung für die deutschen Gewerkschaften.
2. Wahl eines Delegirten zur Konferenz in Neumünster.
3. Fragekasten und Verschiedenes.

Das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.

Die Ortsverwaltung.

Einladung zum

Ball der Weimarbeiter Lübedts

am Dienstag den 2. November im „Livoli“.

Kassendöffnung 7 Uhr, Concertanfang 7 1/2 Uhr, Ballanfang 8 1/2 Uhr.

Entree 1 Mk., einzelne Damen 80 Pfg.

Das Comitee. Der Ueberschuss ist zu wohlthätigen Zwecken bestimmt.

Coffee

gebrannt pr. Pfd. 1 Mk. gebrannt

unübertroffen in Qualität und Kraft.

Coffee-Rösterei Holstenstraße 10.

In Schwartau u. Umgegend empfehle mich

zum Schlachten, Zerhauen,

Salzen von Schweinen.

Schlachten à Schwein 80 Pfennig.

Zerhauen, Salzen 50 Pfennig.

Chr. Kock, Am Sandfeld.

Geschäfts-Eröffnung.

Schlachterei und Wurstmacherei

von

C. Jürgens,

Dornestr. 15 Lübeck Dornestr. 15

gestattet sich ergebenst sein neues Unternehmen

gütiger Unterstützung zu empfehlen.

Beste französische Kartoffeln.

Feine Magnum bonum empfiehlt

Johs. Prehn, Krähenstr. 32.

Schmalz.

Allerfeinstes weißes, Pfd. nur 35 Pfg.

Mühlenbrücke 7. **J. Breede.**

Klauenöl

präparirt für Nähmaschinen und

Fahrräder von

H. Möbius & Sohn,

Knockenölsabrik, Hannover.

Zu haben in allen besseren Handlungen.

Ahren reinigen 1,50,

Federn einsehen 1,50,

1 Jahr Garantie.

Uhrgläser 1. Qual. 0,80.

Aug. Büttner,

Uhrmacher,

Holzstraße 32.

Achtung Zimmerer!

Verbands-

Versammlung

am Dienstag den 2. November

Abends 8 1/2 Uhr

bei Spahrman, Hundestr. 101.

Tages-Ordnung.

1. Vortrag des Genossen Kasch über: „Die

Entwicklung der Technik.“

2. Bericht der Lohnkommission.

3. Fragekasten und Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Seine französ. sowie Magnum bonum

Kartoffeln

billig zu verkaufen

F. Dücker, Hundelstraße 20.

Sanitäts-Verband.

Bei der am 31. October im Colosseum stattgefundenen Verlosung wurden folgende Losnummern gezogen.

9	39	61	103	114	131	161	168	174	256	395
402	408	473	522	526	599	607	617	629	638	
639	641	645	651	653	713	715	740	750	776	
820	851	851	862	917	923	934	980	1013	1074	
1106	1131	1131	1139	1147	1180	1181	1201			
1214	1222	1228	1259	1259	1306	1421	1466			
1539	1554	1569	1590	1596	1654	1721	1733			
1735	1738	1782	1797	1813	1818	1852	1855			
1868	1873	1885	1926	1911	1946	2018	2063			
2079	2097	2145	2202	2207	2287	2309	2317			
2356	2375	2347	2360	2375	2416	2429	2437			
2443	2447	2495	2498	2505	2522	2526	2552			
2581	2585	2586	2602	2675	2676	2760	2772			
2791	2827	2882	2887	2888	2897	2902	2912			
2921	2939	2988	3081	3082	3111	3111	3140			
3172	3178	3187	3231	3307	3311	3314	3357			
3384	3387	3415	3453	3481	3509	3533	3545			
3553	3567	3605	3609	3620	3625	3645	3668			
3675	3689	3723	3737	3744	3814	3838	3881			
3890	3931	3969	3985	3990	4000	4036	4037			
4056	4067	4077	4082	4109	4124	4171	4218			
4221	4238	4241	4248	4259	4288	4274	4301			
4327	4356	4377	4423	4447	4483	4519	4575			
4614	4631	4649	4658	4668	4698	4742	4755			
4756	4757	4781	4809	4809	4831	4845	4917			
4944	4982	5017	5058	5107	5125	5142	5181			
5212	5242	5293	5329	5376	5422	5467	5499			
5498	5510	5515	5521	5535	5609	5645	5652			
5683	5696	5678	5691	5695	5708	5746	5732			
5737	5779	5781	5808	5877	5912	5971	5974			
5988										

Die hierauf gefallenen Gewinne sind bis Dienstag den 2. November, Nachmittags 4 Uhr im Colosseum gegen Mitgabe der Losnummern in Empfang zu nehmen.

Der Vorstand.

Auspielen

von

fetten Gänsen, Karpfen und Rauchfleisch

auf einem Blechbillard

am Dienstag den 2. November

im Lokal W. Meyer, Balanzerföhr 31.

Anfang 10 Uhr Vormittags.

Einlage 50 Pfg., wofür 3 Stübe.

Dazu ladet freundlichst ein

W. Meyer.

Circus Variété

Reuterkrug.

Heute und folgende Tage:

Der vollständig neue vierte

Elite-Spielplan.

Seine Nummer können wir aus diesem

Spielplan hervorheben.

Da jeder Artist

ein wirkl. Künstler

Jede Nummer eine Attraction.

(Ohne Concurrenz.)

Noch nie in Lübeck gesehen.

Jeder

überzeuge sich von der Wahrheit.

Dabei die denkbar billigsten Eintrittspreise.

Emil Naucke's Variété.

Concerthaus Zünshausen.

Heute Abend 8 Uhr:

Die grandiose IV. Serie

mit Max Schwerin. Devise: Lachen!

Vorzugsbilletts billig.

Wilhelm-Theater.

Donnerstag den 4. November:

Ensemble-Gastspiel des Stadttheaters.

Neuheit. Neuheit.

Die Erste.

Schauspiel in 4 Akten von Paul Lindau.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Vorverkauf bei Herrn Kowalsky (Cigarren-

handlung), Sandstr. 27.

Stadt-Theater.

Dienstag: 27. November. Vorst. 3. Abth. Gelf.

Die lustigen Weiber.

Mittwoch: Volksth. Vorstellung zu halben Preisen.

König Lear.

Zu Vorbereitung: Das Rheingold.

Speise-Halle Hansa.

Mengstraße 24 (gegenüber Schüsselboden).

Heute Dienstag:

Graupensuppe mit Pfäumen, Klops, Kartoffeln,

Sauce, Kompot.

Mittagessen v. 11 1/2 Uhr an. Portion 20, 30 u. 40 Pfg.

Abendessen von 6—9 Uhr. Portion 30 Pfg.

wobei es eine Tasse Thee gratis giebt.

Warme und kalte Speisen den ganzen Tag zu

mäßigen Preisen.

Gewerbegerichte als Einigungsämter.

In dem Gewerbegerichts-Gesetz vom 29. Juli 1890 ist die Möglichkeit vorgesehen, bei gewerblichen Streitigkeiten die Gewerbegerichte als Einigungsämter anrufen zu können. Da derartige durch Reichsgesetz organisierte Einigungsämter für Deutschland etwas Neues waren — während namentlich England ähnliche Einrichtungen seit langem besitzt — so blieben diese Bestimmungen über die Einigungsämter in den ersten Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes so ziemlich unbekannt und erst seit dem Jahre 1894 sind in Deutschland Einigungsämter der Gewerbegerichte in stärkerem Maße angerufen worden.

Seitdem ist die Vermittlung ständig gewachsen, wenn auch bis jetzt noch keine allzu großen Resultate erzielt worden sind. Für das Jahr 1896 liegt eine Statistik über die Einigungsämter der Gewerbegerichte vor, aus der wir die Hauptzahlen wiedergeben wollen. Insgesamt bestanden 284 Gewerbegerichte; die Thätigkeit als Einigungsamt stellte sich folgendermaßen:

	Erfolgte Anrufungen	erzielte Vereinbarungen	abgegebene Schiedsprüche
Preußen	24	12	9
Sachsen	2	1	—
Württemberg	3	—	1
Baden	5	1	2
Hessen	2	1	1
Sachsen-Weimar	1	1	—
Sachs.-Kobg.-Gotha	1	1	—
Hamburg	1	—	—
Albed	1	—	1
Bremen	2	1	—
	42	18	14

Wenn man die Zahl der erfolgten Anrufungen mit der Zahl der überhaupt vorgekommenen Streiks zusammenhält, so zeigt sich, daß die Einigungsämter bis jetzt nur in äußerst seltenen Fällen angerufen werden. Nach der Berechnung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands fanden im Jahre 1896 in Deutschland 483 Streiks statt. Anrufungen der Einigungsämter sind 42 erfolgt; auf je 10 Streiks entfiel also noch nicht eine Anrufung. Und von den 42 Anrufungen führten nur 18 vor dem Amt zu einer Einigung. In 14 Fällen wurden Schiedsprüche gefällt.

Der Geschäftsgang der Einigungsämter ist bekanntlich gesetzlich so geregelt, daß das Amt den Streitfall erst aufzuklären und demnächst Einigungsversuche zu machen hat. Wählungen dieser, dann ist ex officio ein „Schiedspruch“ zu fällen. In den Motiven zum Gewerbegerichts-Gesetz hieß es zu diesem Punkte: „Das moralische Gewicht, welches einem solchen Schiedspruch beizumessen wird, um so größer sein, je sorgfältiger und objektiver das Einigungsamt bei der Feststellung der Thatsachen und bei den Einigungsverhandlungen vorgegangen ist; und die Hoffnung ist nicht ausgeschlossen, daß — namentlich wenn die neue Einrichtung erst länger in Wirksamkeit gewesen ist — in nicht seltenen Fällen beide Theile sich schließlich dem Schiedspruche unterwerfen werden.“

Diese Voraussetzung hat sich nun vorläufig nur in äußerst schwachem Maße bestätigt. Von den 14 abgegebenen Schiedsprüchen wurden abgelehnt

von den Unternehmern	4
von den Arbeitern	6
von beiden Parteien	1
zusammen also	11.

Es bleiben mithin nur drei Fälle übrig, in denen sich beide Parteien den Schiedsprüchen der Einigungsämter unterworfen haben. Dazu kommen nun noch 23 Fälle außeramtlicher Vermittlungsthätigkeit der Vorsitzenden, von denen vier erfolgreich waren. Alles in allem wurden also Erfolge erzielt

durch Vereinbarungen	18
durch Unterwerfungen	3
durch außeramtliche Thätigkeit	4
Zusammen	25

Auf 483 Streiks 25 einigungsamtliche Beilegungen, das ist kein sehr glänzendes Resultat. — womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß die Vermittlungen, die zur Erledigung von 25 Streiks geführt haben, zwecklos gewesen wären.

Was speziell die einigungsamtliche Thätigkeit des Berliner Gewerbegerichts betrifft, so erfolgten hier im Jahre 1896 zusammen 11 Anrufungen, von denen 6 zu Vergleichen und 5 zu Schiedsprüchen führten. Die Schiedsprüche blieben jedoch sämtlich ohne den gewünschten Erfolg, indem die Unterwerfung viermal von den Arbeitern und nur einmal von den Unternehmern abgelehnt wurde.

Daß hier in Berlin wie auch im ganzen Reiche die Schiedsprüche häufiger durch Arbeiter als durch Unternehmer abgelehnt worden sind, kann einigermaßen verwundern. Die Geneigtheit der Arbeiter zu Verhandlungen und zur Einigung, wenn es sich irgend mit der Ehre verträgt, ist über jeden Zweifel erhaben. Im letzten Verwaltungs-Bericht des Berliner Gewerbegerichts heißt es z. B.: „Dazu kam noch, daß, während die Arbeiter in allen Fällen sofort geneigt waren, einer Aufforderung des Einigungsamtes zu Verhandlungen Folge zu leisten, bei den Arbeitgebern theilweise Mißtrauen gegen das Gewerbegericht, sowie Unkenntniß des Einigungsamtes sich zeigte.“

Wenn trotzdem die meisten Ablehnungen der Schiedsprüche nachher von den Arbeitern ausgingen, dann kann man sich das nur so erklären, daß die Schiedsprüche für die Arbeiter eben unannehmbar waren, daß mit Hilfe der entscheidenden Stimme des Vorsitzenden Schiedsprüche zu Stande gekommen waren, die den Unternehmern absolut Recht und den Arbeitern absolut Unrecht gaben. Daß in den Gewerbegerichten unter Umständen Stimmung vorhanden ist, den Unternehmerforderungen allzuweit nachzugeben, haben wir ja kürzlich bei den Einigungsverhandlungen in Sachen des Berliner Formereistreiks gesehen.

Aber auch noch ein anderer Umstand kann zur Erklärung der sonderbaren Erscheinung beitragen. Es ist eine noch unentschiedene Frage, ob die Einigungsvorschläge und die eventuellen Schiedsprüche eine der Gerechtigkeit und Billigkeit entsprechende Regelung anstreben sollen, oder ob sie sich darauf zu beschränken haben, mit genauer Berücksichtigung der auf Seiten der Parteien vorhandenen Machtverhältnisse gewissermaßen auszurechnen, zu welchem Ende der Streit, wenn man ihn ruhig austoben ließe, führen muß. Es scheint sich nun als Regel herauszubilden, daß das auf diesem Wege zu Stande gekommene Resultat der wesentlichen Inhalt der Schiedsprüche bildet. So heißt es in dem erwähnten Berliner Verwaltungsbericht:

„Für die Frage, was beim Vergleichsvorschlag, beim

Schiedspruch als Richtschnur dienen soll, ist es noch kaum möglich, Grundsätze aufzustellen. Aber allgemein bezeichnet ist die Aufgabe: sofortige Herstellung des Zustandes, der andernfalls erst nach langen Kämpfen mit sehr schweren beiderseitigen Opfern erreicht worden wäre.“

Daß bei solcher Methode die Schiedsprüche häufig zu Ungunsten der Arbeiter ausfallen müssen, ist klar. Klar ist aber auch, daß sie dann nicht immer den gewünschten Erfolg haben werden. Uns scheint, daß die Einigungsämter bei ihren Vermittlungen doch auch das Prinzip der Gerechtigkeit und Billigkeit nicht allzuweit aus dem Auge verlieren sollten.

Am Tag und Fern.

Rehe. Ein interessanter Rechtsfall fand nach mehreren Verhandlungen seine Erledigung. Ein hiesiger Drogist hatte einen amtlichermaßen Strafbefehl über 150 Mk. erhalten, weil er Hühneraugen-Tinktur, bestehend aus Salicylsäure, Kollobium und indischer Haastinktur verkauft hatte. Der Angeklagte wies nun nach, daß die Tinktur im Sinne der kaiserl. Verordnung nicht als Heilmittel gelten könne, da Hühneraugen nicht als Krankheit angesehen werden. In diesem Sinne habe auch vor Jahren schon das Kammergericht einmal entschieden. Als dann wurde durch Zeugenaussage festgestellt, daß die giftige Haastinktur nicht in dem Hühneraugenmittel enthalten gewesen sei und der Angeklagte im Drogengeschäft diese Tinktur nicht führe, die Färbung auch mit Chlorophyll hervorgerufen sei. Auf Grund dieser Aussage wurde der Angeklagte freigesprochen.

Wahlpropaganda und „Wohltätigkeit“. Die „Freis. Btg.“ weiß zu berichten:

„Die Frau des konservativen Reichstagskandidaten in der Westprignitz v. Saldern hat gerade jetzt unmittelbar vor der Reichstagswahl aus Mitteln des Vaterländischen Frauenvereins Unterstützungen für die Ueberschwemnten der Elbniederung in Beträgen von 20 Mk. versandt. Auf den Abschnitten der Postanweisungen ist als Absender J. A. Frau v. Saldern in Perleberg verzeichnet. Der Vaterländische Frauenverein hat im Ganzen für die Ueberschwemnten der Elbniederung 2000 Mk. bestimmt. Selbstam, daß der Vaterländische Frauenverein eine solche Verteilung nicht durch die Gemeindevorsteher besorgen läßt, auch nicht durch die Vorsitzende dieses Frauenvereins, sondern gerade durch Frau v. Saldern, die zufällig auch die Gattin des konservativen Reichstagskandidaten ist. Vorsitzende des Vereins ist die Frau Landrath v. Jagow, welche ebenso zufällig gerade jetzt vor dem Wahltage behindert sein soll, die Postanweisungen abzusenden.“

„Begünstigung.“ Die juristische Doktorfrage, ob es als „Begünstigung“ anzusehen sei, wenn ein Verleger Geldstrafen bezahlt, die ein an seinem Blatte thätiger Redakteur verwirkt hat, ist heute abermals vor dem Landgericht in Breslau Gegenstand der Verhandlung gewesen, nachdem das Reichsgericht auf die Revision des Staatsanwalts das erste freisprechende Urtheil aufgehoben hatte. Der Verleger Schütz von der

Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

(33 Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Diesmal will ich's schon herausbekommen, wer der Betreffende ist. Passen Sie auf“, sagte Betty und hob siegesgewiß den Kopf.

„D, geben Sie sich keine Mühe, Morgen werden Sie ihn alle kennen“, versicherte Sidonie, die ihre Haltung wieder gewonnen, mit schneidender Schärfe. „Morgen wird die ganze Stadt mit dem Namen dieses Mannes Fangball spielen, da ich Sie aber so neugierig sehe, will ich Ihnen denselben schon heute verrathen — es ist Herr Gebhart.“

Frau Sidonie verließ den kleinen Salon, ohne einen Blick auf die Damen zurückzuwerfen, die erstarrt ihr nachsahen.

Dann erhoben sich auch diese und kopfschüttelnd, mit den Augen sich zuwendend, bedeuteten sie einander, daß das über den Spas ging und rauschten geschwind hinaus.

Helene und die kleine Blasse blieben allein zurück. „Ach, es giebt so viele schlechte Frauengimmer“, seufzte sie wieder und ließ sich, von den Anstrengungen des Abends ermüdet, in ihren Stuhl zurücksinken.

Helene gab keine Antwort. Stumm und unbeweglich hatte sie dem Vorgange gelauscht. Jetzt schritt sie gegen die Thür, ihre Glieder zitterten, die Kehle war ihr wie zugeschnürt.

„Arme Sidonie, der Mann theilen zu müssen mit einer Dirne . . . Auf diese ist man nicht eifersüchtig, sagen sie. . . . Nein aber bleibt man deshalb gleichgültig? D nein! das bringt den Ekel!“

Ihr war, als kröche er ihr selbst bis an den Hals hinauf. Ein Schauern entstand in ihr nach Lauterkeit und Reinheit; eine treue Hand hätte sie fassen, in treue Augen blicken mögen.

So fraß das eingeträufelte Gift der schmutzigsten Verdächtigungen in ihr weiter und weiter — es fand so reichliche Nahrung.

Sie war in das arabische Zimmer gekommen, welches mit matten Lampen erleuchtet war. Durch ein großes in die Zwischenmauer gebrochenes Fenster konnte man in den Salon hineinschauen.

Dort drehten sich die Paare im Tanze, hier war Niemand.

Sie sank in die weichen Polster eines Divans und verhüllte die Augen.

Sie blickte erst wieder auf, als das geräuschvolle Athmen eines Schlafenden ihr Ohr berührte, und bemerkte die kleine Gestalt ihres Schwagers Lufft, der in dem tiefen Sessel fast ganz verschwand. Sein Kopf war gegen die Brust herabgesunken, er schlief fest.

Voll Theilnahme blickte sie auf das abgespannte, übermüdete Antlitz, auf diesen zarten Körper, zu dem die großen starkausgebildeten Hände nicht paßten.

Er arbeitete viel, körperlich und geistig den ganzen Tag hindurch, er mußte so arbeiten, um das aufzubringen, was der immer luxuriöser geführte Haushalt verschlang. Aber der Frohndienst setzte sich bei ihm auch des Nachts fort, bis er erschöpft zusammenbrach.

Die Musik im Saale ertönte lauter, man spielte eben das Finale.

Man konnte die Paare, in einem Walzer sich drehend, am Fenster vorüberfliegen sehen.

Das war Betty, ihr goldiges Haar, ihre Brillanten, ihr weißer Teint leuchteten um die Wette: sie sah so frisch aus, und sie tanzte so flink. Sie brachte für diese

Nachtarbeit völlig ausgeruhte Glieder mit, und auch ihre geistigen Fähigkeiten waren durch keine frühere Arbeit in Anspruch genommen, wie sich's für eine richtige Weltbame gehört.

Die Musik schwieg plötzlich, aber man applaudirte, weil man noch weiter tanzen wollte.

Lufft schlug die Augen auf und sah sich um.

„Ist's noch nicht aus?“ fragte er und sah schlaftrunken auf Helene.

„Ich glaube nicht, aber es dauert Dir wohl zu lange?“

„Ach ja, ich muß um acht Uhr wieder in der Werkstatt sein.“

„Dann geh' doch“ ermunterte sie ihn.

„Sie tanzt so gern, meine Betty, sie ist immer sehr unglücklich, wenn ich einmal früher aufbrechen will, und soll ich allein fortgehen? Das wäre doch gar zu rücksichtslos.“

Sie ließ sich an seiner Seite nieder, und ergriff seine Hand.

„Du bist gut“, sagte sie innig. Er lächelte abwehrend.

„Ach, müde bin ich, furchtbar müde.“

„Dann schlafe weiter“, sagte sie weich.

Da rief eine schrille Stimme, wie die eines Pfau, von der Thür her:

„Das ist aber hübsch von Dir, daß Du meinem Manne so angenehm die Zeit verträgst. Der Deinige sucht Dich überall und auch Herr v. Vermina.“

Betty war zu ihnen getreten und legte ziemlich hart die Hand auf die Schulter ihres Mannes.

„General von Bauer ist hier, er möchte Dich kennen lernen, Du wirst mich ihm vorstellen.“

Sie nahm seinen Arm und ging mit ihm hinaus.

„Volkswacht“ hatte das Abkommen getroffen, daß etwaige Geldstrafen, die dem Redakteur auferlegt würden, aus der Geschäftskasse zu bezahlen seien. Das Reichsgericht hielt ein verurteilendes Abkommen für unverbindlich, weil es gegen die „guten Sitten“ (1) und das Landrecht verstoße. Die Verurteilung würde nur dann ausgeschlossen sein, wenn Schily sich über die Rechtsverbindlichkeit des Abkommens geirrt haben sollte.

Wie aus Breslau gemeldet wird, erkannte die Strafkammer auf Freisprechung des Verlegers, weil sie annahm, daß Schily sich tatsächlich über die Rechtsverbindlichkeit des Abkommens geirrt habe.

Im Prinzip hat also die Strafkammer die Anschuldigungen des Reichsgerichts für zutreffend erachtet. An dem bestehenden Zustande in der Presse wird dadurch schwerlich etwas geändert werden.

Der Militärverein als „Judenquintette.“ Ueber den Wahlstand in Waldorf ist immer noch kein amtlicher Bericht vorhanden. Dagegen bringt die „Frankf. Zeitung“ eine von unbetheiligter und anscheinend unparteiischer Seite geschriebene Schilderung, die sich folgendermaßen ausdrückt: Zu Anfang der Woche wurde vom Komitee der sehr unbedeutenden hiesigen (also Waldorfer) Reformpartei durch Plakate zu einer Wählerversammlung im Gasthaus „Zur Post“ eingeladen, zu der Reichstags-Abgeordneter Bindewald, Landtags-Abgeordneter Pfister und der Antisemitenführer Köster von Heidelberg ihr Erscheinen zugesagt hatten. Indes seien von der Versammlung ausgeschlossen. Indessen ließ sich der Postwirt bestimmen, den Saal nur unter der Bedingung zur Verfügung zu stellen, daß auch Juden Zutritt hätten. Lange vor der festgesetzten Stunde war der Saal von den Mitgliedern des hiesigen Militärvereins, einer Anzahl Neugierigen und den wenigen hiesigen Antisemiten, die sich als solche bekennen, vollständig besetzt. Die Versammlung wurde konstituiert und ein israelitisches Mitglied des Militärvereins zum Vorsitzenden gewählt. Dieser erklärte den Zweck der Versammlung und trat dem Gebahren der wenigen hiesigen Antisemiten entgegen, unter eine Bevölkerung, die bisher in Friede und Einigkeit gelebt habe, durch auswärtige Agitatoren Zwietracht säen zu lassen. Unter den Führern des Militärvereins war ausgemacht, Herrn Bindewald solange ruhig sprechen zu lassen, bis er gehässige Ausfälle gegen die Juden mache, dann sollte er am Weiterreden durch Singen gehindert werden. Als jedoch Herr Bindewald mit seinen Begleitern verspätet eintraf, waren die Gemüther, die ohnehin durch die vorausgegangenen Kirchweihstage noch erregt waren, durch das genossene Bier schon so erhitzt, daß Bindewald gleich bei Beginn seiner Rede unterbrochen und durch Schreien, Singen und Vordrängen nach seinem Tisch am Weiterreden gehindert wurde. Durch den anwesenden Bürgermeister wurde hierauf die Versammlung aufgelöst. Bindewald, seine auswärtigen Begleiter und seine hiesigen Anhänger begaben sich hierauf auf Einladung des Wirtes „Zum Lamm“ in dessen Wirthschaft und setzten hier die Versammlung bei geschlossenen Thüren fort, der Militärverein ging in den „Döfen“, um hier den noch übrigen Durst wahrscheinlich auf Kosten seiner jüdischen Mitglieder zu löschen. Als man hier erfuhr, daß im „Lamm“ die antisemitische Versammlung fortgesetzt werde, zog man in corpore dorthin; die schon meist angetrunkenen jungen Leute drangen trotz des Widerpruchs des Wirtes ein, um sich festzusetzen. Die dort Versammelten widersetzten sich dem. So gab es Tumult und Schlägerei; eine Anzahl Anhänger der Reformpartei sprang zum Fenster hinaus, Bindewald und Köster verbatzen sich im Hof und Garten und mußten dort die Nacht zubringen, Pfister wurde in Rücksicht auf sein Alter von einem jüdischen Mitglied des Militärvereins unbeschädigt auf die Straße

geleitet. Bis um 3 Uhr Nachts war die Wirthschaft „Zum Lamm“ rings umstellt, damit Bindewald und Köster nicht entflüchten. Blutige Verletzungen hat es trotz allen Tumultes nur eine gegeben und diese soll Köster einem Arbeiter mit seinem Stock beigebracht haben. Donnerstag Vormittag war in Waldorf alles wieder ruhig und Bindewald konnte sich den Ort, wo es ihm nach seiner Aussage schlechter als irgendwo im Deutschen Reich ergangen sei, unbehelligt ansehen. Nachmittags wurden in Heidelberg durch den dortigen „Volkswacht“ Extrablätter verbreitet, worin die Sache aufgebaut und so hingestellt war, als ob auf Betreibung der hiesigen Israeliten ein Worbanschlag auf Köster in's Werk gesetzt hätte werden sollen. Gestern Vormittag kam der Untersuchungsrichter von Mannheim und Donnerstag Mittag wurden vier junge Israeliten, sämtlich Mitglieder des Militärvereins, als Mädelstrolche und im Laufe des Nachmittags weitere neun christliche junge Leute als Hauptbetheiligte nach Mannheim in's Untersuchungsgefängnis abgeführt.

Vom Kampfe gegen den „Ansturz.“ Ein Schneidermeister in Babrze, welcher der sozialdemokratischen Gesinnung „verbächtlich“ ist, ließ an seiner Wohnung seine Firma anbringen. Der Maler, der das besorgte, verzerrte die Anfangsbuchstaben der einzelnen Worte mit einigen rothen Linien. Hierin sah der Babrzer Amtsvorsteher eine unerlaubte Aeußerung der sozialistischen Gesinnung des Firmeneinhabers und verlangte die Entfernung jener rothen Strichchen!

Zensurverfahren. Am 26. d. M. wurde der verantwortliche Redakteur der in Magdeburg erscheinenden antisemitischen „Sachschau“, Karl Fasshauer, in einer Untersuchungssache wider „Unbekannt“ zum dritten Male vor den Untersuchungsrichter geladen und auf seine wiederholte Weigerung, den Namen des Gewährsmannes für einen Artikel der „Sachschau“, Lehrerverhältnisse in Magdeburg betreffend, zu nennen, in Haft genommen.

Der Mörder der Handelsfrau Fischer, welche am 25. September auf dem Wege zum Breslauer Markt im Scheitniger Park auf ihrem Wagen ermordet und beraubt gefunden wurde, ist jetzt in Person des eigenen Sohnes verhaftet worden.

Von der Eisenbahn. Bei einer Strafkammerverhandlung in Aachen wurde nach einer Mittheilung der „Voss. Zig.“ festgestellt, daß sich bei einem der Stadt benachbarten Bahnhofsübergang, wo man weder vom Geleise auf die Straße, noch von der Straße auf das Geleise sehen kann, keine Schranke, kein Bahnwärter und bei Nacht kein Lichtsignal befindet, trotz wiederholter Beschwerden des betreffenden Bürgermeisters und des Regierungspräsidenten. Die Bahnverwaltung erklärt, nach dem Bahreglement auf einer Secundärbahnstraße zu solchen Vorkehrungsmaßregeln nicht verpflichtet zu sein. (1) Das Gericht sprach den Angeklagten, der das Stocksignal einer Lokomotive bei nebligem Wetter nicht gehört und einen Eisenbahntransport durch sein Fuhrwerk gefährdet hatte, kostenlos frei.

Daran kann er lange zahlen. Der Lokomotivführer Hansen, welcher die große Eisenbahnkatastrophe von Gienstoste bei Kopenhagen am 11. Juli verschuldete, wurde zu vier Monaten Gefängnis und 44 000 Kronen Schadenersatz verurtheilt.

Ein aussterbender Volksstamm. Wie aus dem Bericht des schwedischen Landvogtes an die Lehnregierung in Uleåa hervorgeht, gestaltet sich die Lage der nomadischen Lappen immer trüber, wozu der Grund in erster Linie in der Verminderung der Rentthierherden liegt, die den Reichtum und die Lebensbedingungen der nomadischen Lappen bilden. Denn das Rentthier giebt

seinem Besitzer so gut wie Alles, was er an Nahrung und Kleidung gebraucht. Herbeigeführt wird die Verminderung der Rentthiere durch mancherlei Ursachen, wie beispielsweise durch ungünstige Winter, in denen es den Thieren in Folge des hart gefrorenen Schnees nicht möglich ist, ihre Nahrung, das Rentthiermoos, zu bekommen, das sie sonst instinktiv unter dem Schnee zu finden wissen und hervorscharren. Verwüstungen unter den Heerden durch Raubzeug spielen gleichfalls eine erhebliche Rolle. Von einschneidender Bedeutung für die wirtschaftlichen Verhältnisse der nomadischen Lappen sind jedoch die Beschränkungen, denen sie in den verschiedenen Ländern, durch die die Lappen ziehen, unterliegen. Kommt eine Rentthierherde in kolonisierte Gebiete, im schwedischen wie im russischen Lappland, wo die Heerden Schaden anrichten, dann wird den Besitzern hohe Strafe auferlegt. Dazu sind die Lappländer in der Regel nicht in der Lage und es wird ein Theil der Herden mit Beschlag belegt. Nun ist das Unglück, daß es nicht vom Besitzer abhängt, wohin er seine Tausende von Stück zählende Herde treiben will, vielmehr ist er — und dies dürfte weniger allgemein bekannt sein — hinsichtlich der Veränderung seines Aufenthaltsortes völlig dem Rentthiermoos nach und bestimmen dadurch den einzuschlagenden Weg. So wandern diese unstäten Nomaden jahrein jahraus bis nach Norwegen an die Küsten von Finnmarken und gegen September, wenn dort die Schneefälle eintreten, geht die Wanderung wieder in südlichere Gegenden nach Schweden und Rußland, von wo sie bei Anbruch des Sommers wieder nördlicher ziehen. Sowohl in Norwegen wie in Schweden giebt es besondere Lappenmissionen, deren Zweck die Zivilisirung der Lappländer ist, die im Uebrigen jetzt wohl ohne Ausnahme das Christenthum angenommen haben. Außerdem sind die Regierungen bestrebt, die Nomaden sesshaft zu machen. Von den ungefähr 25 000 Lappen, die es noch geben dürfte, hat ungefähr die Hälfte feste Wohnsitze; dies sind die Küsten- oder Seelappen, die sich vorwiegend von Fischerei ernähren, im großen Ganzen aber ein kümmerliches Dasein fristen und eine ebenso große Abneigung gegen Wasser und Seife wie Vorliebe für Branntwein und Taback an den Tag legen. Ein weit ursprünglicherer und kräftigerer Menschenschlag sind die nomadischen Lappländer, die Berglappen, die mit großer Fähigkeit an ihrem Wanderleben und überhaupt an ihren alten Sitten und Gebräuchen festhalten. Auch jetzt noch zeigen diese Nomaden nicht die geringste Neigung, sich ansässig zu machen. Geht daher die Verringerung der Rentthierherden noch in demselben Maße wie in den letzten Jahren fort, so ist die ganze Existenz der noch nomadischen Lappländer ernstlich bedroht.

Litterarisches.

Von der „Gleichheit“ Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. S. W. Dieß' Verlag) ist uns soeben die Nr. 24 des 7. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Karl Grillenberger f. — Diebstahls Verurtheilung. — Der Parteitag zu Hamburg. — Der gefesselte Arbeiterinnenstreik in der Schweiz. Von D. Zimmer-Winterthur. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Nur ein Mal! Von Dorothea Goebeler. (Schluß.) — Notizen: Von V. Braun und Clara Zetkin: Beschlüsse des sozialdemokratischen Parteitags zu Hamburg. — Gewerbliche Arbeiterinnen-Organisation. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Frauenbewegung.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1897 unter Nummer 2902) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 65 Pf.

imponirend in ihrer Schönheit und in ihrem stolzen Selbstbewußtsein.

Helene blieb sitzen. In den Sessel zurückgelehnt, die Hände im Schooße, sah sie durch das Fenster in den Salon, wo die Paare aufs Neue sich drehten. Ein dumpfer Druck im Gehirn schien ihr alle Spannkraft zu rauben. Ein Ausdruck der Leere kam in ihr Gesicht, ermattet schloß sie die Augen.

Aber die Töne des Walzers umschmeichelten sie und willig ließ sie ihr Ohr.

Tanzen, ach ja, tanzen! Ihre Jugendlust wollte die Anlust besiegen, und Alles zurückdrängend, gleichsam von sich werfend, was sie qualvoll bewegte, sprang sie plötzlich mit einem Sage empor.

„Tanzen, ja tanzen!“ Wo war ein Tänzer! Im nächsten Augenblick war sie umringt.

Ihr Mann und Herr v. Vermina waren eingetreten, gefolgt von Donner und Morre.

Und sie Alle machten ihr Vorwürfe, wie einem Kinde, das sich eigenmächtig der Ueberwachung entzogen hatte.

Ezzellenz führte sie in den Saal zurück, um sie dort Donner zu überlassen, dem sie einen Walzer versprochen hatte.

Auch Morre tanzte mit ihr und Adere.

Und Jeder von ihnen legte seinen Arm fest um ihren schlanken, bebenden Leib und drückte sie an sich und brauchte sich an ihrem wehenden Athem, an der Schönheit ihrer herrlichen Büste, an dem ganz undefinirbaren Zauber, der während dieser erregten Nerven- und Muskelthätigkeit von ihr ausging.

Und sie tanzte unermüdet, alle ihre Kräfte verbrauchend, bis zur Bestimmungslosigkeit.

Bei dem kleinen Bildhauer war es die Arbeit, eine ihn erfreuende künstlerische Thätigkeit, die ihn über alle Erbärmlichkeiten seines Lebens hinweghob, aber eine junge

Dame, wie Helene, hat nur das Vergnügen, die wilde Lust des Augenblicks, um sich zu betäuben und ihren Ueberschuß an Kraft zu verbrauchen.

XVI.

Der Sommer war zur Reize gegangen, ehe Dr. Hartmann einen kurzen Urlaub erhalten konnte, den er mit seiner Frau in St. Agath verbringen wollte.

Herr und Frau Gebhart hatten ihren hübschen Landstz längst aufgesucht und in der letzten Woche war Bruder Max als Gast bei ihnen eingetroffen.

Die Krankheit hatte bei ihm rapide Fortschritte gemacht, aber die Kunst der Aerzte bot Alles auf, um den Zerfallsprozess zu verlangsamen.

Max sollte den Winter in Madeira verbringen und Cannes wurde schon für die nächste Zeit als Uebergangsstation erwählt.

Er hatte sich bisher diesem Plane nicht widersetzt.

Eine große nervöse Unruhe war über ihn gekommen und da er sich nirgends mehr physisch wohl und behaglich fühlte, und äußere Verhältnisse dafür verantwortlich machte, so liebte er es, seine Aufenthaltsorte zu wechseln.

Es that ihm indeß leid, Deutschland verlassen zu müssen.

Seine politische Entwicklung, das Erwachen des Volksbewußtseins und die damit zusammenhängenden Fortschritte der Sozialdemokratie nahmen sein ganzes Interesse in Anspruch. Aber wenn er sie als die Morgenröthe einer besseren Zeit begrüßte, so wußte er wohl, wie knapp die Zeit bemessen war, und daß Alles, was er im Interesse und zur Hebung der Partei zu thun vermochte, bald gethan werden müsse.

Und der Mann, der seiner Umgebung gegenüber sein Leben verheimlichte, nur um es nie zum Gegenstande

von Erörterungen zu machen, berichtete an Konrad genau über seinen Zustand. Dieser war bald nach seiner Freilassung nach London gegangen. Er hatte dort Arbeit in seinem Fache gefunden und suchte sich außerdem unter der Leitung von Marx und Engels auf eine politische Thätigkeit vorzubereiten. Jetzt war er nach Deutschland zurückgekehrt und hatte eine Agitationsreise angetreten.

Da erhielt er in Frankfurt die Einladung seines Freundes Max, eilends zu ihm zu kommen.

„Die leztwilligen Verordnungen, die ich zu Gunsten der Partei zu treffen gedenke, möchte ich mit Dir durchberathen und feststellen, um sie juridisch unanfechtbar zu machen“, hieß es in dem kurzgehaltenen Schreiben.

Konrad antwortete ihm, er werde kommen.

Max befand sich auf seiner Stube, die im Erdgeschoße reizend gelegen, auf eine mit Blumen besetzte Terrasse hinaus ging, als ihm Frau Doktor Hartmann gemeldet wurde. Ein freudiges Roth stieg in die blauen Wangen, und unter dem stärkeren Herzschlag wurde sein Athem noch mühsamer.

Er hatte Helene seit Monaten nicht gesehen, und es war engelhaft gut von ihr, daß sie ihn bald nach ihrer Ankunft in St. Agath besuchen kam.

Er merkte wohl, daß sie ihre Ueberraschung über sein verändertes Aussehen nur mühsam verbarg, aber es that ihm noch weher, daß er sie selbst so traurig verändert fand.

„Was hat man denn Dir gethan?“ hätte er sie fragen mögen; „wohin ist Deine Frische und Deine Unbefangtheit? Dein froher Kindesblick und Dein unschuldiges Lächeln?“

(Fortsetzung folgt.)